

Ercheint wöchentlich Freitags
Bezugspreis durch die Post
1,20 M. vierteljährlich

Sattler-

Inserate für den Arbeitsmarkt
20 Pf., alle anderen 30 Pf. pro
3gespaltene Petitzeile

und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten
Lederverwarenindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 39 .: 24. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Brücken-
straße 106 .: Telefon: Amt IV, 2120

Berlin, den 30. September 1910

Inhalt: Beitragszahlung. — Streifnotizen. — An unsere Mitglieder. — Magdeburg! — Der achte internationale Kongress in Kopenhagen. — Die Gewerkschaftsorganisationen im Jahre 1909. IV. (Schluß). — Das „Lehrlings“ umwelen im Anschlagsgerberbe. — Streiks und Lohnbewegungen. — Aus unserem Verort. — Korrespondenzen. — Soziales. — Rundschau. — Bekanntmachung des Zentralvorstandes. — Bücherei. — Fortschrittsänderungen. — Sterbetafel. — Versammlungskalender. — Anzeigen.

Für die Woche vom 2. bis 8. Oktober ist der 10. Verbandsbeitrag fällig. Wer länger als fünf Wochen mit seinen Beiträgen im Rückstande ist, kann keinerlei Unterstützung aus der Verbandskasse erhalten.

Achtung! Kollegen! Achtung!

Die Kollegen werden in ihrem eigensten Interesse ersucht, bei Arbeitsannahme in anderen Städten sich zuvor bei der dortigen Ortsverwaltung zu erkundigen.

Delmenhorst. Wegen Streik in der Wagenfabrik ist Bezug streng fernzuhalten.

Weslich. Der Streik bei der Firma Julius Arnade-Moss dauert unverändert fort.

Uetersen. Der Streik in der Reisseffektfabrik Könnel & Co. und in der Wulfschen Lederverwarenfabrik dauert unverändert fort.

Hannover. Die Portefeuillisten stehen in einer Lohnbewegung.

Wegen der Aussperrung der Werftarbeiter sind alle Werftarbeiter streng zu meiden, da auch eine Anzahl unserer Kollegen durch die Aussperrung betroffen wurde.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Brünn. Die Treibriemensattler der Firma Schmal stehen in einem Abwehrstreik.

Wien. Die Ledergalanteriarbeiter (Portefeuillisten) stehen in einer Lohnbewegung.

An unsere Mitglieder.

Der frühere Verband der Sattler und auch der der Portefeuillisten haben wiederholt versucht, ein Bild der wirtschaftlichen Lage ihrer Berufsgenossen durch statistische Aufnahmen zu gewinnen. Die letzten Arbeiten dieser Art datieren aus den Jahren 1905 und 1903. Dana bestand die Absicht, für das Jahr 1908 eine neue Erhebung zu veranstalten, wenn beide Verbände angesichts der bevorstehenden Verschmelzung ihre Zustimmung zu diesem Plan gäben. Diese konnte nicht erreicht werden, und unterblieb aus diesem Grunde die statistische Erhebung. Es steht ferner außer allem Zweifel, daß in der Zeit des Ueberganges und des Sich-

zusammenfindens an eine derartige Aufgabe nicht gedacht werden konnte, und müßten die ersten Resultate des Zusammenstufes abgewartet werden. In der letzten Zeit ist bereits mehrfach darauf verwiesen worden, daß in dem ersten Jahre nach der Verschmelzung in der Ausbreitung der Organisation Fortschritte gemacht worden sind, welche keiner von uns erwartet hatte. Der Organisation sind über 2100 Mitglieder seit dieser Zeit zugesichert worden. Ziehen wir die Organisationsverhältnisse von 1903 und 1905 gegenüber dem heutigen Umfang in Betracht, so kann behauptet werden, daß circa 7000 Mitglieder unserer Organisation angehören, die durch die bisher aufgenommenen Erhebungen nicht erfaßt wurden. Ferner kommt in Betracht, daß sich seit dieser Zeit die wirtschaftlichen Verhältnisse auf fast allen Gebieten einer Wandlung unterzogen mußten, die sehr fühlbar auf das Erwerbsleben aller Arbeiterschichten und auch unserer Berufsgenossen wirkten. Die Organisation war in diesen Jahren nicht müßig gewesen und suchte die Lebensmittellieferung durch Erhöhung der Löhne auszugleichen. Auf diesem Gebiete ist ungeheuer viel geschehen, und doch noch nicht genug. Aus allen diesen Gründen besteht für uns die Verpflichtung, wieder einmal mittels statistischer Aufnahmen die Lage unserer Kollegenchaft an das Licht der Öffentlichkeit zu ziehen. Der Zentralvorstand hat sich in eingehender Weise mit dieser Frage beschäftigt und hat, nachdem er die größeren und mittleren Verwaltungsstellen befragt hatte, bei denen solche Aufnahmen immer gewisse Schwierigkeiten zeitigen, beschlossen, zum nächsten Frühjahr eine Aufnahme zu veranstalten. Zur gegebenen Zeit werden wir noch Gelegenheit nehmen, näher auf die Art der Erhebung einzugehen. Für heute nur so viel. Der größte Teil der befragten Mitglieder hatte sich für eine Erhebung über volle 52 Wochen ausgesprochen, was der gewerkschaftlichen Schulung unseres Mitgliederstandes ein durchaus günstiges Zeugnis ausstellt. Der Zentralvorstand durfte aber andererseits die Schwierigkeiten einer derartigen Erhebung nicht verkennen. Zudem wäre es schon zu spät, um dem nächsten Verbandstage die Resultate einer solchen umfangreichen Arbeit zeitig genug vorlegen zu können. Die Aufnahme der Erhebung wird also, wie der Aufdruck der inzwischen zur Verteilung gelangten Karten besagt, in der ersten Aprilwoche geschehen, und sollen diese Karten dazu dienen, die Beantwortung der Frage nach dem wirklichen Durchschnittsverdienst zu erleichtern. Dieses System ermöglicht den Ortsverwal-

tungen, jeden neuereintretenden Kollegen an der Statistik sich beteiligen zu lassen, unbeschadet der Zeitdauer, die ihm noch von der endgültigen Aufnahme trennt. Ohne allen Zweifel wird es eine große Anzahl Kollegen geben, die auf die Ausfüllung der Karten verzichten können, weil sie in einem festen Zeitlohnverhältnis stehen und die Bezüge sich nicht verändern. Aber auch hier wird die Karte schließlich zur Geltung kommen, sobald das Gespenst der Arbeitslosigkeit oder Krankheit an ihn herantritt und er infolgedessen erwerbslos wird. Unsere Ortsfunktionäre werden also gebeten, alles daraufzusetzen, um die Mitglieder für die kurze Dauer von 26 Wochen an die regelmäßige Eintragung ihres Verdienstes zu gewöhnen. Die Arbeit, regelmäßig ausgeführt, kann man als Müheleistung kaum bezeichnen, und erwarten wir, daß diese Vorarbeiten, welche also von der nächsten Woche ab beginnen, gewissenhaft ausgeführt werden.

Mit kollegialischem Gruß

Der Zentralvorstand.

F. M.: F. Blum,

Berlin SO. 16, Brückenstr. 106.

NB. Bei Bedarf können noch statistische Karten durch die Hauptverwaltung bezogen werden.

Magdeburg!

Nun ist auch er vorüber, der 20. Parteitag der deutschen Sozialdemokratie, der deutschen Arbeiterpartei. Wie viele Hoffnungen und Befürchtungen, die „Freund und Feind“ an diese Tagung knüpften, mußten zu Grabe getragen werden. Denn sie kamen nicht auf ihre Rechnung, die in alljährlich wiederkehrender Selbstverblendung auf die Selbstzerfleischung oder aber auf die „Verbürgerlichung“ der Sozialdemokratie diesmal mit Sicherheit rechneten.

Für ein Gewerkschaftsblatt ist es nun überhaupt ein mißlich Ding, zu Streitfragen innerhalb der Partei Stellung zu nehmen, in der wir unsere politische Vertretung erblicken. Für uns kann eigentlich immer nur die Partei und ihre Tätigkeit als Ganzes betrachtet in Frage kommen, weniger aber die Differenzen, die in bezug auf die Auffassung dessen, was ist bzw. sein soll, zwischen den einzelnen Teilen des Parteiganzen bestehen. Doch die in Magdeburg zum Austrag gekommenen Streitfragen sind wichtig genug, daß auch wir uns gezwungen sehen, unsere für die Partei natürlich ganz unmaßgebliche Meinung zu sagen, weshalb wir auch unsere Betrachtungen ganz „außer der Reihe“ mit dem Streit über die Budgetbewilligung in Baden beginnen wollen.

Entgegen dem Beschluß früherer Parteitage, die die Budgetbewilligung als ein Ver-

trauensselig für die jenseitig herrschende Klasse betrachtet, das wir den Machthabern grundsätzlich zu verweigern haben, hatte die sozialdemokratische Fraktion des badischen Landtages für das dortige Budget, also für den Gesamtwahl, gestimmt, mit der Begründung, daß eben diese Budgetbewilligung kein Vertrauensvotum, sondern nur eine faktische Maßnahme der Landtagsfraktion ist, und weil weiterhin die Verhältnisse in Baden so ganz anders als z. B. in Preußen liegen und weil drittens ein arbeiterfreundlicher Minister im gegenwärtigen Falle hätte ins Gras beißen müssen. Selbstverständlich wurden noch eine ganze Anzahl von Gründen für die Notwendigkeit der badischen Budgetbewilligung ins Feld geführt, die aber alle mehr oder weniger mit den obigen drei Hauptgründen in unigen stämmen leben.

Die Gegner der Badener, d. i. etwa die Fraktionselemente des Parteitag, stellten sich auf den bereits früher vertretenen und durch Beschlüsse in Lübeck und Nürnberg festgelegten Standpunkt, daß, erstens nicht die geringste Veranlassung vorliegt, diesen Standpunkt zu verlassen, daß zweitens die Verhältnisse in Baden im Grunde genommen die gleichen wie anderwärts seien, das Motorist der selben zeige höchstens bei gut bewaffnetem Auge einen kaum merklichen Stich ins „Maßlose“, und drittens und letzten mußten und müssen in einer demokratischen Partei die Beschlüsse der Mehrheit von allen Seiten, also auch der remonstrierenden Minderheit, befolgt werden.

Die ziplinbrucht! Das ist der schwerste Vorwurf, der den Badenern gemacht, und mit Recht gemacht wurde. Und bei der Verteidigung gegen diesen Vorwurf waren die Badener auch fast ausschließlich auf sich selbst angewiesen. Die Hilfe der übrigen süddeutschen Stämme und der Gesinnungsverwandten aus anderen Teilen des Reiches, sie wurde den Badenern auch erst, als es sich darum handelte, zu beschließen, ob die Budgetbewilligung nur gerüstet oder aus der Partei hinausbefördert werden sollten und ob die Beschlüsse der früheren Parteitage zur Budgetfrage weiterbestehen oder eine Änderung im Sinne der Badener erfahren sollten. Zwei Tage wogte der Kampf um die Entscheidung einer Frage, die unseres Erachtens von so großer Wichtigkeit gar nicht ist, daß dieser Zeit und Kräfteaufwand gerechtfertigt erschiene. Wir sind ferner der Meinung, daß dieser Kampf nicht nur, ja nicht einmal in der Hauptsache, der badischen Budgetfrage galt, sondern es war eben die Auseinandersetzung der in der Sozialdemokratie wie in jeder anderen Partei wirkenden drei Richtungen. Die „Ultras“ beider Flügel, die Ubergemäßigten oder besser gesagt die noch weniger als Gemäßigten wie die Ubergemäßigten, sind bei diesem Kampfe nicht auf ihre Rechnung gekommen. Den erstern wurde die Anerkennung nicht zuteil, die sie quasi forderten, indem sie verlangten, daß ihr Verhalten als Ausbund wahrer politischer Strategie und Tüchtigkeit gefeiert werden sollte, und die letzteren mußten es erleben, daß ihr „Kreuzige, freuzige sie!“ auch nicht auf den fruchtbarsten Boden fiel. Das eigentliche Zentrum der Partei, sagen wir einmal die „Berapartei“, blieb unerschütterlich fest. Der Sprecher dieser großen Mehrheit, hinter der auch der Parteivorstand stand, der greise Nebel, hatte gegenüber dem überaus redigierten Vertreter der Badener, dem Genossen Frank, einen leichten Stand, weil nun, weil Tatsachen hartnäckige Dinge sind, und die Tatsachen sprachen und sprachen für die Wichtigkeit der Vebelschen Auffassung der ganzen Frage. Wir stehen auch gar nicht an, zu erklären, daß auch wir diesen Standpunkt bei der Beurteilung der Budgetfrage teilen. Wohl aber müssen wir auch hier wieder darauf hinweisen, daß der Budgetstreit wiederum eine Folge des starren, des überspannten Zentralismus ist, der nun einmal, wie es scheint, eine deutsche Eigentümlichkeit ist. Wir erklären daher ohne weiteres, daß die Gesamtpartei weit weniger „innere Kämpfe“ zu führen hätte, wenn die einzelnen Länder innerhalb der Reichsgrenzen bei der Beurteilung der Landesfragen mehr Bewegungsfreiheit hätten. Wir halten

die Auffassung der Badener über die politisch-parlamentarische Tätigkeit für verfehlt und irreführend, wir sind aber der Meinung, daß man ihnen den Weg zur Selbsterkennnis nicht verweigern dürfte. Die Reichspolitik der Gesamtpartei, die Landespolitik den entsprechenden Landesparteien, das ist unseres Erachtens das richtige Mittel, nicht etwa um politisch-parlamentarische Gesellen zu verbüßen, nein, es ist das sicherste Mittel, um solche in denkbar kurzer Zeit wieder durch Selbstkorrektur rückgängig zu machen. Wir sind der Meinung, daß wirklich großzügige und wichtige Änderungen in unserem Gesellschafts- bzw. Staatskörper sich nicht durch Augenblitzserfolge, herbeigeführt durch Zerknirschtheit oder irgendwelche juristisch-rationelle Schlüsse einzelner Personen, durchsetzen lassen, sondern stets nur durch die Interessen und die Machtverhältnisse der innerhalb des Gesellschaftsorganen wirkenden Interessengruppen. Wir wären z. B. sehr leicht in der Lage, selbst aus der Gewerkschaftsbewegung Verweise dafür zu erbringen, daß die „Errungenschaften“, die lediglich durch Überleistung des sorglosen Gegners oder durch rabulistische Anlehnung irgendeiner vielleicht etwas unklar gefaßten Abmachung erzielt wurden, nie von Dauer waren. Der Rückschlag kam unfehlbar, die Interessen erwiesen sich stets als mächtiger wie die errungene papierne Abmachung. Ja, wie gründlich und wie schnell sich eine derartige Art und Weise der Politik selbst erledigt, zeigt uns der Parteitag in Magdeburg auf gründlicher Deutlichkeit. Der Redner der Badener oder richtiger gesagt derjenigen Richtung in der Partei, die man als die revisionistische zu bezeichnen pflegt, der Abgeordnete Frank, zeigte sich als außerordentlich schlechter Diplomat und Stratege, selbst im badischen Sinne, als er in seinem Schlusswort der Mehrheit das große Wort gelassen zurief: „Was wir in Zukunft tun werden, hängt von den Verhältnissen, nicht aber von Ihren Beschlüssen ab.“ Das ist doch sicher nicht nur undemokratisch, sondern, von seinem Standpunkt aus betrachtet, eine offensibare Tömmerei. Daß es eine solche war, zeigte sofort die Wahnahmen, die die Mehrheit dagegen glaubte ergreifen zu müssen. In durchaus begreiflicher Erregung wurde sofort ein Beschluß gefaßt, der den Zustand wiederherstellte, der durch die vorher stattgefundene Aussprache als befeitigt gelten konnte. Genau so ganze es auch einer Landes- oder Reichspolitik, die nicht reale Machtverhältnisse zur Basis hätte, sondern nur auf Grund papierner Abmachungen zum Schein ihres Seins geworden ist. Die Spuren schreden!

„Doch was den einen im Innern, ist den andern im Nachteil.“, so sagte schon Fritz Reuter, dessen hundertjährigen Geburtstag wir nächstens feiern. Und so war es auch in Magdeburg. Nach der wirklich nicht nötigen Verschärfung dieser Frage durch das Schlusswort Franks kam es zu einer demonstrativen Verletzung des Saales durch die Süddeutschen und zu einer ebenso demonstrativen Nachsitzung der Mehrheit des Parteitages. Dieses Schauspiel konnte und mußte auf alle Fälle vermieden werden, um so mehr, da man es auf beiden Seiten nicht zu einer Spaltung der Partei kommen lassen wollte. Parteispaltungen sind nun natürlich nicht unter allen Umständen zu verhindern, wir können uns Situationen vorstellen, die eine Spaltung zur Notwendigkeit machen. Solche Spaltungen pflegen denn auch nach verhältnismäßig kurzer Zeit die streitenden Teile an dem richtigen Weg wieder zusammenzuführen und zu vereinen und die Gesamtheit zu größerer Klarheit in der Auffassung der Ziele und Wege zu zwingen.

Doch schon der nächste Tag zeigte, daß die Parteieinheit von allen Richtungen als notwendig und möglich angesehen wurde. Ein weit erfreulicheres Bild als das der vorangegangenen Tage zeigte sich uns, als die Gesamtpartei Deutschlands zu einer, oder sagen wir schlechtmöglicherweise zur deutschen Kulturfrage Stellung nahm. Das politische Glend in Preußen schreit zum Himmel. Nachvoll hat die Sozialdemokratie in Preußen den Kampf gegen die preussische Unkultur aufgenommen. Zwei mächtige

und aufs äuerste erbitterte Gegner ringen in Preußen um die Palme des Sieges. Das preussische Unkulturtum, das das Vortreiben hat, aus Deutschland nur ein Großpreußen zu machen, muß in Preußen geringen werden. Das kann aber allmählich und auf die Dauer nur gelingen, wenn auch die übrigen deutschen Stämme in diesen Kampf mit eingreifen. Nach einem ausgezeichneten Referat des Landtagsabgeordneten Borgmann standen denn auch die Vertreter der übrigen deutschen Bundesstaaten unterschiedslos auf und erklärten einstimmig: „Meine Mühe in Preußen, bevor nicht das gleiche, allgemeine, gebräute und direkte Wahlrecht erlangen ist.“ Vereinhellig sagten die Süddeutschen in diesem preussischen Kampfe, der eben ein deutscher Kampf ist, ihre größtmögliche Unterstützung zu. Mit feinem Humor und nach Lage der Dinge berechtigtem Sarkasmus, sagte der Vertreter Bayerns die Bitte der Bayern zu: „wenn wir gerufen werden.“ Er wollte damit offenbar sagen, daß man sich in Preußen gleichfalls nicht zu gerufen um bayerische Angelegenheiten kümmern möge.

Daß man nicht jetzt schon einen Tag für den Beginn des Massenstreiks festlegte, in den eingetreten werden solle, falls die preussische Regierung mit Hilfe anderer Mittel nicht zum Nachgeben gezwungen werden kann, ist wohl für die meisten Leute selbstverständlich. Den Wenigen aber, die das nicht begreifen, wäre sowieso nicht zu helfen. Uns will scheinen, als ob die Massenstreiks und Ausperrungen der letzten Jahre dem Massenstreik sehr viel von seinem Nimbus genommen haben müßten. Wer Augen hat zu sehen, der wird mit einigem Erstaunen beobachtet haben, von wie verhältnismäßig wenig Erschütterung der Wirtschaftslage heute auch die größten Arbeitseinstellungen begleitet sind. Trotzdem ist der Massenstreik ein Kampfmittel der Arbeiterschaft, das nicht unterschätzt zu werden braucht. Jedenfalls, so viel ist sicher, dürfte der famose preussische General v. Bissing, der den ihm unterstellten Truppen Anweisung gibt, wie in Zukunft der „innere Feind“ durch Artillerie und Maschinengewehre „schagemäht“ zu „bekämpfen“ ist, sehr bald die Erfahrung machen, daß der Massenstreik sich nicht „totzischen“ läßt und somit den v. Bissingischen Kriegern überlegen ist.

An den letzten Tagen gestalteten sich die Verhandlungen des Parteitages immer „langweiliger“, wie die bürgerliche Presse und vor allem das Risse-Weijsonische Geldüberblatt, das „Berliner Tageblatt“, schreibt. Sensationen gab es nicht mehr und für die Erörterung so überaus wichtiger Fragen, wie es die Genossenschaftsfrage und die Reichsversicherungsordnung sind, haben diese Blätter kein Verständnis. Beide Fragen wurden eingehend durch die Referenten Heißner bzw. Wolfenbuter gründlich behandelt, eine nennenswerte Debatte bringt nur noch die Genossenschaftsfrage, da die Reichsversicherungsordnung seit mehr als Jahresfrist überhaupt nicht aus der Tagesdiskussion mehr schied. Aber auch die Genossenschaftsfrage war bereits in Kopenhagen der Gegenstand eingehender Diskussionen gewesen. Die Sachlage war also bereits ziemlich geklärt. Eine Resolution des Parteivorstandes, die besagt, welchen Wert die Genossenschaftsbewegung für die Arbeiterschaft hat, wurde angenommen, und damit befand, daß es Pflicht jedes organisierten Parteigenossen ist, auch der Konsumgenossenschaft beizutreten.

Am Schluß der Tagung wurde der Vorstand und die Kontrollkommission wiedergewählt und der nächste Parteitag und bezw. der Tagungsort nicht festgelegt, da man annimmt, daß es infolge der jetzigen politischen Lage noch vor Jahresfrist zu einer außerordentlichen Tagung kommen werde. Eine äußerst wichtige politische Erklärung gab der Vorsitzende Dieb. Stuttgart in seinem Schlusswort ab, indem er darauf hinwies, daß bei den nächsten allgemeinen Reichstagswahlen die Sozialdemokratie die Liberalen als das kleinere Übel betrachten wird, was übrigens, von wenigen Ausnahmen abgesehen, bisher schon stets geschehen ist, und damit den blauchwarzen Schnapsblod so viel wie möglich zu schwächen gedenkt. Also alles in allem: Ende gut, alles gut!

Der achte internationale Kongress in Kopenhagen.

Die wichtigsten Beschlüsse.

Nachstehend geben wir die für die internationale Gewerkschaftsbewegung und die Arbeiterschutzbewegung wichtigsten Beschlüsse des Kongresses wieder:

Arbeiterschutzeinrichtung.

Die mit der Entwidlung der kapitalistischen Produktion gesteigerte Ausbeutung der Arbeiter führte zu Zuständen herbei, die ein Eingreifen der Gesetzgebung zum Schutze von Leben und Gesundheit der Arbeiter dringend notwendig machten.

In keinem Lande erreichen die Schutzgesetze das, was auch nur annähernd im Interesse der Arbeiter dringend geboten ist und was ohne Schädigung der Industrie gegeben werden kann.

Der Kongress erinnert an folgende betreffs der Arbeiterschutzeinrichtung im allgemeinen schon durch den Pariser Kongress von 1889 für alle Arbeiter ohne Unterschied des Geschlechts erhobenen Mindestforderungen:

1. Einen höchstens achtstündigen Arbeitstag;
2. Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder unter 14 Jahren;
3. Verbot der Nachtarbeit, außer wenn sie wegen der Natur der Arbeit aus technischen Gründen oder aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt gestattet werden muß;
4. Eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 36 Stunden in jeder Woche für jeden Arbeiter;
5. Verbot des Frauensystems;
6. Sicherstellung des Koalitionsrechtes;
7. Eine wirksame und durchgreifende Inspektion der gewerblichen und landwirtschaftlichen Betriebe unter Mitwirkung der durch die Arbeiter gewählten Personen.

Zwar hatte der Pariser Kongress zur Folge, daß 1890 in Berlin und 1906 in Bern Arbeiterschuttkommissionen der Regierungen zusammengetragen und internationale Verbindungen für Arbeiterschutz gebildet wurden, aber trotz der vielen Verhandlungen wurden sehr wenig positive Leistungen durch die Gesetzgebung geschaffen, weil die herrschenden Klassen in der Befürchtung, daß ihr Klasseninteresse geschädigt wird, dem Arbeiterschutz entgegenwirken, und daß, wiewohl durch Arbeiterschutz in keinem Lande irgendein Erwerbszweig geschädigt ist, vielmehr die Erhaltung der Gesundheit und Leistungsfähigkeit der Arbeiter der allgemeinen Kultur und auch der Unternehmerrasse einen Vorteil bringt.

Um ein Verfall der Arbeiter in Pauperismus zu hindern, forderte der Kongress zu Amsterdam 1904, daß unter voller Selbstverwaltung durch die Arbeiter und bei gleichartiger Behandlung der Angehörigen der verschiedenen Nationen in allen Ländern Einrichtungen geschaffen werden, die ausreichende Subsistenz- und Heilmittel den Kranken, Verletzten, Invaliden und Alten gewähren, die den Schwangeren und Wöchnerinnen diejenige Hilfe bringen, die für das Gedeihen des Säuglings und der Mutter geboten ist, und die die Witwen und Waisen sowie die Arbeitslosen vor Not bewahren.

Die bestehenden Arbeiterschutz- und Arbeiter-versicherungsgesetze genügen keineswegs den ebenso notwendigen wie berechtigten Anforderungen der Arbeiter. Insbesondere schutlos sind die in der Landwirtschaft und Forstwirtschaft beschäftigten Arbeiter. Nur durch nachhaltiges Drängen der Arbeiter kann mehr erreicht werden.

Der Kongress fordert deshalb die Arbeiter aller Länder auf, sie mögen in der Industrie, im Handel, in der Landwirtschaft oder in anderen Arbeitszweigen beschäftigt sein, den Widerstand der herrschenden Klassen zu brechen und einen wirksamen Arbeiterschutz durch unablässige Agitation und durch mächtigen Aufbau der klassenbewußten Organisationen auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet zu erobern.

Internationale Solidarität.

Der internationale sozialistische Arbeiterkongress von Kopenhagen, in Anbetracht des hervorragend internationalen Charakters der proletarischen Bewegung, und in Erinnerung an die Traditionen, die seit den Tagen der ersten Internationalen unter den Arbeitern immer hochgehalten worden sind, fordert die Arbeiter aller Länder auf, wenn ein Kampf zwischen Kapital und Arbeit solche Dimensionen angenommen hat, daß die Arbeiterschaft des Landes, wo der Streit entbrannt ist, aus eigener Kraft denselben offenbar nicht durchsetzen kann, die kämpfenden Genossen so kräftig, als dies nach dem Stande der Bewegung jedes Landes nur möglich ist, moralische und materielle Unterstützung, um die gebieterische Pflicht der Arbeiter-solidarität in dieser Weise in der Tat zu erfüllen.

Je näher die Arbeiterklasse auch in ihrer gewerkschaftlichen Aktion dem Kapitalismus auf den Leib rückt, um so mehr wird die Organisationsarbeit

beiderseits bedeutsam werden. Die Macht des Kapitals wird in Miesenträts, in Kartellen und in nationalen und internationalen Unternehmerverbänden konzentriert, die Arbeiter schließen ihrerseits ihre Streit vor allem in gewerkschaftlichen Landeszentralen zusammen. Infolge dieser gegenseitigen Konzentrierung der Kräfte nimmt der Klassenkampf zum Teil neue, umfassendere Formen an. Gewerkschaftliche Massengefächte, von Miesenträtsperungen provoziert, werden, wie wir es in Dänemark 1899, in Schweden 1900, in Deutschland 1910 gesehen, bald hier, bald da entbrennen. Der Massenstreik wird sich folglich in den kommenden Jahren vorwiegend noch umfassender und einheitlicher gestalten. Um so mehr muß dann auch die Arbeiterklasse dafür sorgen, daß sie im gegebenen Moment dort, wo die Arbeiterschaft eines ganzen Landes oder eines ganzen Gebietes ohne internationale Unterstützung der Hebermacht des Kapitals erliegen müßte, ihre ganze Kraft einsetzen kann.

Der Kongress empfiehlt der gewerkschaftlichen Internationalen, zu untersuchen, welche Formen der internationalen Arbeiter-solidarität die zweckmäßigsten sind. Für die nächste Zeit empfiehlt der Kongress: das immer nähere und dauerhaftere Zusammenwirken der gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen in jedem Lande und über die Grenzen hinaus;

die Abänderung von solchen gewerkschaftlichen Satzungen, die einer schnellen und wirksamen internationalen Hilfsaktion hinderlich sein können;

die Verbesserung und Erweiterung der internationalen Verbindungen der sozialdemokratischen Arbeiterpresse; besonders werden die sozialistischen Journalisten in dem Lande, wo ein großer Kampf in Aussicht steht oder schon begonnen ist, an die Verpflichtung erinnert, ihre ausländischen Kollegen über die Situation schnell und korrekt auf dem laufenden zu halten, die ihrerseits verpflichtet sind, die Berichte, um das Interesse und die Sympathie der Arbeiterschaft überall nachzurufen und um den allzuoft direkt erlogenen „Neuigkeiten“, die, um die öffentliche Meinung zu täuschen, von im Dienste des Kapitals stehenden Zeitungen und Bureaus verbreitet werden, rechtzeitig entgegenzusetzen, unmittelbar zu verwenden.

Auch von diesem Gesichtspunkte aus ist es für die ganze Arbeiterbewegung von höchster Bedeutung, daß in allen Ländern eine sozialistische Presse emporschreie, die Kraft genug besitzt, die breiten Volkstriebe von der lähmenden Einwirkung des bürgerlichen Zeitungswesens freizumachen.

Resolution über die gewerkschaftliche Einheit.

Der internationale sozialistische Kongress zu Kopenhagen erneuert seine in Stuttgart beschlossene Resolution über die Beziehungen zwischen der politischen Partei und den Gewerkschaften, insbesondere in dem Punkte, daß die Einheitlichkeit der Gewerkschaftsorganisation in jedem Staate im Auge zu behalten und eine wesentliche Bedingung des erfolgreichen Kampfes gegen Ausbeutung und Unterdrückung ist.

In vielsprachigen Staaten müssen selbstverständlich die einheitlichen Gewerkschaften den sprachlichen, kulturellen Bedürfnissen aller ihrer Mitglieder Rechnung tragen.

Der Kongress erklärt ferner, daß jeder Versuch, internationale einheitliche Gewerkschaften in national-separatistische Teile zu zerlegen, der Absicht dieser Resolution des internationalen Sozialistenkongresses widerspricht.

Das Internationale Sozialistische Bureau und das Internationale Sekretariat der Gewerkschaften werden aufgefordert, den unmittelbar interessierten Parteien ihre Dienste zur Verfügung zu stellen, um die darüber vorkommenden Konflikte zu lösen, in einem Geiste der Verständigung und der sozialistischen Brüderlichkeit.

Gewerkschaftswesen.

In Erwägung, daß die Konsumvereine nicht nur ihren Mitgliedern unmittelbare materielle Vorteile bieten können, sondern daß sie berufen sind, die Arbeiterklasse durch Anschaffung des Zwischenhandels und durch Eigenproduktion für den organisierten Konsum wirtschaftlich zu stärken und ihre Lebenshaltung zu verbessern, die Arbeiter zur selbständigen Leitung ihrer Angelegenheiten zu erziehen und dadurch die Demokratisierung und Sozialisierung der Produktion und des Austausches vorzubereiten helfen, erklärt der Kongress:

daß die Genossenschaftsbewegung, wenn sie auch allein niemals die Befreiung der Arbeit herbeiführen kann, doch eine wirksame Waffe in dem Klassenkampf sein kann, den die Arbeiterschaft um die Erringung ihres unverrückbaren Zieles — der Eroberung der politischen und ökonomischen Macht zum Zwecke der Vergesellschaftung aller Mittel der Produktion und des Austausches — führt, und daß die Arbeiterklasse das höchste Interesse daran hat, diese Waffe zu gebrauchen.

Der Kongress fordert deshalb alle Parteigenossen und alle gewerkschaftlich organisierten Arbeiter mit der größten Entschiedenheit auf, solche Mitglieder der Konsumvereine zu werden und zu bleiben und in den Konsumvereinen in sozialistischem Geiste zu wirken, um zu verhindern, daß die Konsumvereine aus einem wertvollen Mittel der Organisation und Erziehung der Arbeiterklasse ein Mittel werden könnten, um den Geist der sozialistischen Solidarität und Disziplin zu schwächen. Der Kongress macht es deshalb den Parteigenossen zur Pflicht, in ihren Konsumvereinen darauf hinzuwirken:

daß die Ueberflüsse nicht ausschließlich zur Rückzahlung an die Mitglieder, sondern auch zur Bildung von Fonds verwendet werden, die es den Konsumvereinen ermöglichen, selbst oder durch ihre Verbände und Großverkaufsgesellschaften zur genossenschaftlichen Produktion überzugehen und für die Erziehung und Bildung, sowie für die Unterhaltung ihrer Mitglieder zu sorgen;

daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse ihrer Angehörigen im Einklang mit den Gewerkschaften geregelt werden, daß ihre eigenen Betriebe in jeder Hinsicht vorbildlich organisiert werden und

daß beim Bezug von Waren gebührende Rücksicht auf die Bedingungen genommen wird, unter denen sie hergestellt werden.

Es und inwieweit die Genossenschaften die politische und gewerkschaftliche Bewegung direkt aus ihren Mitteln unterstützen sollen, ist der Entscheidung der einzelnen Genossenschaften jedes Landes überlassen.

An der Erwägung, daß die Dienstleistungen der Genossenschaftsbewegung der Arbeiterklasse leisten kann, um so größer sein werden, je stärker und geschlossener sie selbst ist, erklärt der Kongress, daß die Genossenschaften jedes Landes, die auf dem Boden dieser Resolution stehen, einen einheitlichen Verband bilden müssen.

Der Kongress erklärt endlich, daß es im Interesse der Arbeiterklasse in ihrem Kampf gegen den Kapitalismus erforderlich ist, daß die Beziehungen zwischen den politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen, ohne daß dadurch ihre Selbständigkeit angetastet würde, immer inniger werden.

Die Gewerkschaftsorganisationen im Deutschen Reiche im Jahre 1909.

IV. (Schluß.)

Die gewerkschaftliche Bewegung insgesamt weist gegenüber dem Vorjahre einen kleinen Fortschritt auf. Die Zentralverbände hatten 1832 667 (1908: 1831 731), die Dirsch-Dunderschen Gewerkschaften 108 028 (105 633), die christlichen Gewerkschaften 270 751 (264 519), die unabhängigen Vereine 236 132 (203 485), zusammen 2447 578 (2405 368) Mitglieder, somit einen Mitgliederzuwachs von 42 210, dessen größter Anteil auf die Organisationen entfällt, welche die geringste gewerkschaftliche Bedeutung haben. Im Jahre 1900 hatten die Zentralverbände 680 427, die Dirsch-Dunderschen Gewerkschaften 91 661, die christlichen Gewerkschaften (Gesamtverband) 78 664, die unabhängigen Vereine (einschließlich Lokalvereine und unabhängige christliche Gewerkschaften) 144 683, zusammen 995 435 Mitglieder. In den letzten zehn Jahren haben somit diese gewerkschaftlichen Vereinigungen einen Mitgliederzuwachs von 1 452 143 zu verzeichnen, wovon auf die Zentralverbände 1 152 240 und auf die anderen drei Organisationsgruppen 299 903 Mitglieder entfallen. Die Jahres-einnahmen der vier Gruppen betragen 1909 59 617 413 Mk. (Zentralverbände 50 529 114 Mk.), die Ausgaben 63 808 787 Mk. (46 264 031 Mk.), die Kassenbestände 52 400 060 Mk. (43 480 932 Mk.).

Wie die Dirsch-Dunderschen Gewerkschaften und die christlichen Gewerkschaften in der Gesamtleitung hinter den Zentralverbänden zurückbleiben, so stehen sie auch in den Einzelleistungen weit hinter diesen zurück. Es ist nicht überflüssig, hierauf immer wieder aufmerksam zu machen, denn beide Organisationsgruppen wollten den Kampfescharakter der Zentralverbände nicht haben, sich vielmehr friedlicher Arbeit im Dienste ihrer Mitglieder widmen. Besonders hoben die Dirsch-Dunderschen Gewerkschaften stets ihre Leistungen auf dem Gebiete des Unterstützungswesens gegenüber den Zentralverbänden hervor. Als ihnen dann während einiger Jahre nachgewiesen wurde, daß sie auch hier hinter den Gewerkschaften weit zurückstehen, kamen sie auf die unglückliche Idee, die Ausgaben der eingeschriebenen Hilfskassen als Leistungen der Gewerkschaften zu be-

rechnen. Sie können aber nicht verlangen, daß wir eine solche Berechnungsmethode mitmachen. In- soltgedessen sind bei den Berechnungen die Ausgaben der Meisterschaften der Tisch-Handwerker-Gewerk- vereine nicht mitgerechnet. Die christlichen Gewerk- schaften haben sich mit den Listen abgefunden und nicht, wie im Bericht für 1908, in dem sie sagten, es müßten mit dieser bloßen mammonisti- schen Anrechnung geradezu die ideellen Triebkräfte in der Gewerkschaftsbewegung erstickt werden"; ver- sucht, die Unterhaltungsrechnungen und die Leistungen der Zentralverbände herabzusetzen.

Der Vergleich der Leistungen der Zentral- verbände, Tisch-Handwerker-Gewerkvereine und christlichen Gewerkschaften im Jahre 1909 ergibt das gleiche Resultat wie in den Vorjahren. Es zählten für:

Rechtsstaup und Unterhaltungen insgesamt:

| | Organ- sationen | Wit- teltel- zahl | Wit- teltel- zahl | Pro- stropf- 297. |
|-------------------------|-----------------|-------------------|-------------------|-------------------|
| Zentralverbände | 57 | 142367 | 2111416 | 11.52 |
| T. Gewerkschaften | 22 | 109228 | 138172 | 4.06 |
| Christl. Gewerkschaften | 21 | 257551 | 1214749 | 4.49 |

Staats-, Ausfertigungen und Gewerkschaften:

| | | | | |
|-------------------------|----|--------|---------|------|
| Zentralverbände | 57 | 182967 | 7639116 | 1.36 |
| T. Gewerkschaften | 22 | 109228 | 138172 | 1.57 |
| Christl. Gewerkschaften | 21 | 257551 | 138221 | 1.91 |

Arbeitslosen- und Arbeitsnachweise:

| | | | | |
|-------------------------|----|--------|---------|------|
| Zentralverbände | 56 | 182963 | 9519757 | 6.31 |
| T. Gewerkschaften | 15 | 101572 | 135721 | 3.52 |
| Christl. Gewerkschaften | 15 | 156441 | 107336 | 1.66 |

Arbeitslosenunterstützung:

| | | | | |
|-------------------------|----|--------|--------|------|
| Zentralverbände | 12 | 118994 | 866828 | 5.07 |
| T. Gewerkschaften | 15 | 101572 | 131009 | 3.98 |
| Christl. Gewerkschaften | 13 | 186844 | 195536 | 1.05 |

Wir haben alle Ursache, der Arbeiterchaft durch solche Feststellungen immer wieder zu zeigen, daß sie in den Zentralverbänden ihre Interessen nicht nur im Lohnkampf, sondern auch auf allen anderen Gebieten am besten und sichersten gewahrt finden. Damit soll nicht gesagt werden, daß diese Verbände nicht des weiteren Ausbaues bedürfen. Der Fort- schritt der Konzentration der Unternehmerorganisa- tionen, und die Ausprägungstaktik der Unternehmer wird die Gewerkschaften zwingen, ihre Rüstung für den Lohnkampf immer noch weiter zu heigern.

Die **Arbeitsgeberverbände**, d. h. die Unternehmer- organisationen, die ausschließlich den Zweck ver- folgen, die Forderungen der Arbeiter zu bekämpfen, werden im „Reichsarbeitsblatt“ etwas vollständiger nachgewiesen als im Verzeichn. Das reichsstatistische Amt klagt auch jetzt noch über mangelndes Ent- gegenkommen folgend: „Einige Verbände verhielten sich noch ablehnend oder blieben mir für die Statistik nicht unwesentlichen Angaben im Rückstand.“ So ist diese noch lange nicht vollkommen und bietet noch keineswegs ein vollständiges Bild der Kampforganisa- tionen der Unternehmer. Es werden von dem statistischen Amt gezählt 84 Reichsverbände, 474 Landes- oder Bezirksverbände und 2055 Orts- verbände, zusammen 2613 Vereinigungen. Von diesen haben nur 1923 Angaben über die Zahl ihrer Mit- glieder und nur 1414 solche über die Zahl der von den Mitgliedern beschäftigten Arbeiter gemacht. Diese Verbände hatten 115 065 Mitglieder, die 3 854 680 Arbeiter beschäftigen. Die größte Anzahl der Vereinigungen besteht im Langgewerbe. Das „Reichsarbeitsblatt“ weist hier 9 Reichsverbände, 132 Landes- oder Bezirksverbände und 1085 Orts- verbände, insgesamt 1226 Organisationen auf. Auf die einzelnen Industriegruppen verteilen sich die Ar- beitgeberverbände folgend:

| Sp. Nummer | Berufsgruppe | Anzahl | Einwoh- ner | Arb. mit- glieder | Arb. be- schäftigt | |
|------------|--|--------|-------------|-------------------|--------------------|---------|
| 1 | Vandm, Gärtnerei, Fischerei | 51 | 30 | 9 | 6046 | 31080 |
| 2 | Bergbau, Hütten- und Za- unenwesen | 9 | 7 | 7 | 243 | 451299 |
| 3 | Metallurgie der Steine u. Erden | 79 | 69 | 60 | 3751 | 198150 |
| 4 | Metallbearbeitung, Mechi- kanikindustrie | 165 | 145 | 114 | 12398 | 754310 |
| 5 | Chemische Industrie | 4 | 4 | 105 | 24084 | |
| 6 | Textilindustrie | 88 | 39 | 31 | 612 | 473409 |
| 7 | Wappindustrie | 57 | 39 | 29 | 408 | 45031 |
| 8 | Leberindustrie | 43 | 27 | 22 | 1228 | 12856 |
| 9 | Salzindustrie | 171 | 149 | 134 | 5112 | 63255 |
| 10 | Nahrungs- u. Genussmittel- industrie | 101 | 92 | 80 | 9631 | 126700 |
| 11 | Verkehrsindustrie | 225 | 219 | 191 | 4973 | 60620 |
| 12 | Baugewerbe | 1226 | 722 | 300 | 51038 | 525132 |
| 13 | Handwerkliche Gewerbe | 129 | 120 | 138 | 5551 | 79295 |
| 14 | Handel u. Verkehrsgewerbe | 86 | 73 | 39 | 3028 | 100671 |
| 15 | Bank- und Sparwesen | 2 | 2 | — | 334 | — |
| 16 | Freie Berufe | 104 | 105 | 108 | 508 | 25000 |
| 17 | Geheilte Verbände | 113 | 90 | 65 | 11826 | 387595 |
| | | 2613 | 1923 | 1414 | 116095 | 3854690 |

Wenn man berücksichtigt, daß fast die Hälfte der Organisationen keine Angaben über die Zahl der von den Mitgliedern beschäftigten Arbeiter gemacht hat, so wird man kaum schägen, wenn man diese auf das Doppelte von dem schätzt, was angegeben ist.

Dann wird berichtet, daß die beiden Zentralen der Arbeitgeberverbände 56 589 Mitglieder zählten, die 2 627 818 Arbeiter beschäftigten, und zwar der Verein deutscher Arbeitgeberver- bände 50 000 Mitglieder und 1 600 000 beschäftigte Arbeiter, und die Hauptstelle deutscher Ar- beitgeberverbände 6589 Mitglieder und 1 027 818 Arbeiter. Angehts dieser Tatsachen und des geschilderten Vorgehens aller Arbeitgeberver- bände bei der Bauarbeiterausprägung werden die Arbeiter zu der Erkenntnis kommen, daß ihre eigenen Organisationen noch wesentlich gestärkt werden müssen.

Die Ausweise, die über die Gründung der Ar- beitgeberverbände vorliegen, zeigen deutlich, daß diese als eine Folge der Gründung und Entwicklung der Gewerkschaften ins Leben gerufen worden sind. Während der Zeit des Sozialistengesetzes entstanden nur sehr wenige Arbeitgeberverbände. Die Unter- nehmer hatten es nicht nötig, sich zum Kampfe gegen die Gewerkschaften zu rüsten und zu vereinigen. Diesen Kampf führte die Staatsgewalt mit Hilfe der Polizeiorgane. Ende der achtziger und besonders Anfang der neunziger Jahre setzte dann die Gründung der Arbeitgeberverbände ein. Während der Zeiten wirtschaftlicher Krisen verringerte sich das Gründungstempo, um, folgend der Aufwärts- entwicklung der Gewerkschaften, bei günstiger Wir- tschaftskonjunktur, um so lebhafter zu werden. Es ist dies ein überaus lehrreiches Kapitel für die Ar- beiterchaft, und diese sollte nicht veräumen, die notwendigen Lehren daraus zu ziehen.

Die Entwicklung der Gewerkschaften in dem letzten Jahrzehnt und der Ausgang vieler großer Kämpfe gibt zwar keine Ursache zur Besorgnis. Es steht mit ziemlicher Sicherheit zu erwarten, daß im Laufe des Jahres 1910 die zweite Million Gewerkschaftsmitglieder überschritten wird. Jedoch darf dieser Mitgliederbestand nicht über die eigene Stärke, besonders aber über die Stärke der Gegner nicht täuschen. Mit Übermut wollen wir auf das Erreichte zurückblicken, aber andererseits nimmer rathen, sondern mit erneuerter Kraft an dem Ausbau unserer Kampforganisationen arbeiten.

Das Stellenvermittlergesetz und die Behörden.

Mit dem 1. Oktober tritt das neue Stellenver- mittlergesetz in Kraft, das der Ausbeutung der Stellensuchenden durch das gewissenlose Agententum ein Ziel setzen will. Das Gesetz bestimmt im § 5, daß in Zukunft die Polizeibehörden nach Anhörung der beteiligten Kreise (auch der Arbeitnehmer) die Höhe der Taxen festzusetzen haben. Bedauerlicher- weise ziehen sich die Behörden zur Abgabe von Gut- achten zum Teil heute heran, die von den Dingen herzlich wenig verstehen. So wurden in Berlin u. a. betragt: Der Verein zur Befreiung entlassener Strafgefangener, Verband katholischer Vereine er- werbstätiger Frauen und Mädchen usw. Dagegen hat man hier alle diejenigen Organisationen wie die der Hauswirtschaftlichen, Wäcker, Schlächter, Hand- lungsgeschäften, Landarbeiter und Diensthofen, die besonders unter der Ausbeutung der Stellen- vermittler zu leiden haben, gänzlich umgangen. In einigen anderen Städten allerdings hat man das Gewerkschaftsstatell oder den Verband der Haus- wirtschaftlichen mit herangezogen. Im ganzen macht sich aber eine große Planlosigkeit und Hisslosigkeit bei den Behörden bemerkbar, so daß man gespannt sein darf, wie die polizeilichen Gebühren schließlich aussehen werden. Mittlerweile rüsten sich die Stellenvermittler und suchen sich darauf einzu- richten, das Gesetz möglichst illusorisch zu machen. So haben die Stellenvermittler in Köln eine Liste aufgestellt, die nicht weniger als 73 verschiedene Be- rufsgruppen umfaßt. Hier nur ein Beispiel, wie weit dort die Differenzierung durchgeführt ist. Die Liste unterscheidet: Wurfchen, Diener, Hausburchen, Hausdiener, Hotelbediener, Hausknechte. Wird ein Stellensuchender als Hausburche vermittelt, zahlt er 3-10 Mk., als Hausdiener kostet ihm die Stellung 3-25 Mk. Das Obige könnte noch durch verschiedene Beispiele vermerkt werden. Die Polizei merkt das Manöver nicht, sie beschränkt sich darauf, die Taxen etwas zu reduzieren, belästigt aber die vielen Gruppen, sowie den Mindest- und Höchsttarif. Mit Abficht haben die Stellenvermittler in ihren Verzeichnissen so viele Bezeichnungen gewählt. Je größer die Liste, je mehr Spielraum zwischen Min-

dest- und Höchsttäre, je unklarer und verschwom- mener die Bezeichnung, desto besser gelingt es den Stellenvermittlern, nach wie vor im frühen zu sitzen, die Stellensuchenden zu ischöpfen. — Nach raffinierten haben es die Hamburger Stellen- vermittler gemeint, um dem Gesetz ein Schnupfen zu schlagen. Das Gesetz legt bekanntlich fest, daß die Vermittlungsgebühren von den Arbeitgebern und Arbeitnehmern je zur Hälfte zu zahlen sind. Ein Regierungsvertreter hat auf Anfrage in dieser Beziehung erklärt, daß der Verzicht des Stellenvermit- lers auf die Hälfte der Gebühren angänzig ist. Selbstverständlich glaubte man, diese Auslegung zu- gunsten der Arbeitnehmer vornehmen zu sollen. Vor allen Dingen sollte die Möglichkeit offen bleiben, die Landarbeiter, die heute bekanntlich zu den Gebühren nichts beitragen, auch in Zukunft von der Zahlungs- pflicht zu befreien. Die Hamburger Stellenvermittler denken dies aber, um den Unternehmern einen Vorteil zuzufächeln. Sie haben sehr hohe Tarife aufgesetzt (doppelt so hoch als früher) und lassen den Arbeitgebern jetzt schon wissen, daß sie auf ihre Hälfte verzichten wollen. Die Stellenvermittler kalkulieren ganz richtig so, daß, wenn die Unter- nehmer, namentlich die hauswirtschaftlichen, für die Vermittlung bezahlen müssen, werden sie nicht mehr zu den gewerbsmäßigen Stellenvermittlern gehen, sie werden dann die gemeinnützigen Arbeitsnachweise aufsuchen.

Das Gesetz soll ja aber gerade durch das Gesetz erreicht werden; es ist die ausäpochrene Abficht des Gesetzgebers, das Tätigkeitsgebiet der Stellen- vermittler überhaupt einzuschränken. Werden die oben angeführten Manipulationen der Vermittler von den Behörden durchgelassen, dann wird das Gesetz zum großen Teil illusorisch gemacht.

Das „Lehrlings“unwesen im Anschlägergewerbe!

Eines der wichtigsten Gebiete in unserem Ver- ruf, welche noch der Regelung harren, ist ohne Zweifel die Lehrlingsfrage. Gewiß sind im Laufe der Zeit schon allerlei Mittel angewandt und man- cherlei Wege vorgeschlagen worden, doch wenn wir heute zurückblicken, sehen wir, daß wir Armut ge- wonnen haben, denn ein befriedigendes Resultat haben wir nicht erzielt, und nachgerade sind die Auswüchse des Lehrlingswesens zur Plage geworden, der wir im Interesse unserer selbst energisch zu Weibe geben müssen. Daß solche Zustände einreisen konnten, ist zum guten Teil auf die mangelhaften gesetzlichen Bestimmungen, sowie auf das ungenügende Ver- ständnis der rechtlichen Körperlichkeiten, in diesem Falle die Handwerkskammer in Ansel, zurückzu- führen. Diese hat es bekanntlich bis jetzt beherdlich abgelehnt, die Anschläger als Handwerker anzu- sehen und dementsprechend ihrerseits regeln einzu- greifen, weil — — nun, weil das Aufschlagen nur einen Teil des eigentlichen Vor- teufelshandwerks darstellt.

Wohl stellt das Vögelanschlagen nur einen Teil des Vorsteufelshandwerks dar, soweit die Zeichen- branche in Betracht kommt, doch die Beutel- und Vörsenanschläger haben mit eigentlicher Vor- steufelarbeit rein gar nichts gemein, sind also kein Teil des Gewerbes, wenn auch im Vollmund der Ausdruck Vorsteufler auf, alle angewandt wird, die nur in dieser Industrie tätig sind. Jedenfalls ist die Auffassung der Handwerkskammer aber auch des- halb, weil die Teilarbeit mehr und mehr zur stehen- den Einrichtung wird. Diese Tendenz erhält mit jedem Fortschritt der Technik, mit jeder Bevöl- kerung der Maschinen neue Nahrung. Ja, die Einführung der Maschinen bedingt ja in gewissem Sinne die Teilarbeit in der Vorsteufelindustrie so gut als in anderen Berufen, wie beispielsweise bei den Schuhmachern. Damit ist doch aber noch lange nicht gesagt, daß zur Verrichtung dieser Teil- arbeit nicht auf ausgebildete Arbeitskräfte nötig sind. Im Gegenteil, es trifft zu, daß gerade infolge der vorgeschrittenen Technik die Arbeiter, wozu doch auch der Anschläger zählt, vor ganz andere Aufgaben gestellt werden. Es ist doch eine feststehende Tat- sache, daß die einzelnen Artikel immer komplizierter werden, und daß zu ihrer Ausführung nicht nur eine intensive praktische Ausbildung, sondern auch theo- retische Kenntnisse erforderlich sind, die früher bei den einfacheren Artikeln nicht notwendig waren. In Hessen hat man dies längst erkannt, drum be- gegnet man dort nicht solchen Ansichten, wie hier in dem der Welt voranschreitenden Preußen. —

Wäre die Handwerkskammer konsequent, so müßte sie dafür Sorge tragen, daß allen Zwischen- meistern, Rentneuren und Heimarbeitern, die nur das Anschlägergewerbe betreiben, die Lehrlinge ent- zogen würden, zumal nicht ein einziger die Entfer- nung abgelegt hat und nur wenige die Befugnis zur Anleitung von Lehrlingen auf Grund etner Be- scheinigung der unteren Verwaltungsbehörde be- sitzen. Doch ist dem nicht so, denn in fast allen Be-

trien sind Lehrlinge, mit denen zum großen Teil derselbe Lehrvertrag abgeschlossen ist, den die Handwerkskammer vorschreibt. Es heißt dann eben nicht Aufschläger, sondern Portefeullerlehrling, trotzdem von Portefeullerarbeit in dem betreffenden Betrieb häufig nichts zu finden ist. Andererseits werden die Zwischenmeister sich zu helfen suchen, indem sie anstatt Lehrlinge „jugendliche Arbeiter“ einstellen, womit die Sache selbst keineswegs gebessert ist. Es geht also fest, daß die Lehrlingsmangel vorhanden ist, und sie wird nicht dadurch aus der Welt geschafft, daß man sie nach Art der Handwerkskammer nicht sehen und anerkennen will. Wir müssen deshalb mit allem Nachdruck verlangen:

1. Daß die Aufschläger als Handwerker anerkannt werden und demzufolge die Handwerkskammer ihren vollkommenen unabhangbaren Standpunkt aufstellt.
2. Daß die Handwerkskammer mit etwas mehr Energie gegen diejenigen Leute vorgeht, die Lehrlinge halten, ohne hierzu nach den gesetzlichen Bestimmungen berechtigt zu sein. Es ist dies um so notwendiger als die Vorschriften der Gewerbeordnung in diesem Punkte durchaus nicht genügend scharf und präzise gefaßt sind. Schon der Wortlaut des § 127, wonach der Lehrherr nur verpflichtet ist, den Lehrling in den in seinem Betrieb vorkommenden Arbeiten zu unterweisen, birgt nach meiner Meinung für den Lehrling, seine Angehörigen sowie für alle Berufsgenossen eine nicht zu unterschandende Gefahr in sich. Dierfur lassen sich auf Grund praktischer Erfahrungen leicht Beweise anführen. Es müssen also Mittel und Wege gefunden werden, um die gesetzlichen Korporationen zum Eingreifen zu bewegen, und es liegt auf der Hand, daß dies um so erfolgreicher geschieht, je einmütiger Arbeitgeber und Arbeiter in dieser Frage vorgehen. Und es sind doch auch, das kann und wird niemand bestreiten, gemeinsame Interessen, welche Arbeiter und Arbeitgeber, natürlich mit Ausnahme solcher, die immer im trüben zu sitzen gewöhnt sind, hier verbinden. Wie schon erwähnt, werden an die Leistungsfähigkeit des einzelnen immer höhere Anforderungen gestellt. Die Technik, welche die Kleinindustrie zu einer nie geahnten Entwicklung brachte, hat bis heute vor dem Aufschlag der Lohnmacht; noch gibt es für seine Arbeit keine Maschinen und sein Werkzeug hat sich nicht in demselben Maße vervollkommen. Es bedarf also für ihn gesteigerter Anstrengung. Gewiß gilt dieses auch noch für andere Branchen unserer Industrie, doch für diese ist ja die Lehrlingsfrage, wenn auch nur notdürftig, geordnet, weshalb wir sie hier wohl unerwähnt lassen können.

Bis bei uns diese Frage gesetzlich geregelt ist, dürfte wohl noch mehr als ein Jahr vergehen, denn in Bezug auf sozialpolitische Maßnahmen bleiben preussische Behörden fast wie eine Bundeskammer. Was ist also noi? Ich meine, vor allen Dingen eine Verständigung mit den Arbeitgebern und denke dabei an eine Vereinbarung, ähnlich der, die in Offenbach zwischen unserer Organisation und der Vereinigung der Lederwarenfabrikanten besteht. Diese Vereinbarung müsste als ein Bestandteil des abguschließenden Vertrages gelten und Bestimmungen enthalten darüber, wer und unter welchen Bedingungen man Lehrlinge halten darf. Die Dauer der Lehrzeit ist gleichfalls festzusetzen, denn es geht nicht an, daß nur zu dem Wogelanschlag 3 Jahre Lehrzeit festgehalten werden. Dann ist es auch bedenklich, die Vergütung allzu hoch zu setzen; bedenklich wegen der Gefahr allzuvielen Anbranges von Lehrlingen. Dann lernten wir aus der Praxis, daß nur allzuoft die Jungen nach einjähriger Lehrzeit aus der Lehre fortlaufen, um mit Zustimmung der Eltern als Heimarbeiter tätig zu sein. Wir brauchen wohl kaum auf das Schädliche solchen Treibens hinzuweisen. Es genügt die Feststellung dieser Tatsache, um die Notwendigkeit ihrer Beseitigung zu beweisen. Beseitigt kann dieser Zustand dadurch werden, daß eine bestimmte Altersgrenze festgesetzt wird, für jeden, der als Heimarbeiter begierigen will. Vor Erreichung dieser Grenze dürfte niemand als Heimarbeiter beschäftigt werden. Der gute Wille und die Einsetzung der ganzen Autorität beider Kontrahenten würde allerdings nötig sein, um einen Erfolg zu verburgeln. Damit würden wir noch die Genußnahme, der Heimarbeiter einen Ginstzahn ausgebrochen zu haben. Letzten Endes dürften wir aber auch eine planmäßige stetige Aufklärungsarbeit unter der Jugend nicht vergessen, und die Gegner unserer Jugendabteilung werden aus den angeführten Gründen schon einige Löcher zururckziehen müssen, wollen sie sich nicht ins eigene Fleisch schneiden.

Wir sehen also, daß gerade auf diesem Gebiete eine Gesundung im Interesse aller erst dann Platz greifen kann, wenn paritatlich zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern eine Vereinbarung getroffen und in vernunftiger Weise durchgeführt wird. Hoffen wir, daß dies in allernächster Zeit zur Tatsache wird und die im nächsten Frühjahr kommenden

Lehrlinge zu den neuen Bedingungen eingestellt werden können. Den vereinten Vermittlungen wird auch die Handwerkskammer endlich nachgeben müssen.
Heinrich Schulz.

Streiks und Lohnbewegungen.

Achtung! Militariattler! Am Mittwoch, den 21. September, wurde vor dem Berliner Gewerbegericht endlich der Verordnungspreis für die neue Patronenmaschine wie folgt festgelegt:

Schiedsspruch:
Fedel und obere Mante vom Vorder- und Hinterteil sind vorgeputzt und gereinigt zu liefern, ebenso die Mante der Vordemahte.

Alles andere, Sandnadt, Riemen und Fertigung, ist mit 1,45 Mk. zu vergüten.
Berlin, den 21. September 1910.

v. Schulz, Franz Sobu, Adolf Sobu, Erdmann, Ernst Finkowski.

Alle in Frage kommenden Ortsverwaltungen wurden noch am gleichen Tage hiervon in Kenntnis gesetzt.

Demner wurden am Freitag, den 23. September, Auslegungen bezw. Nichtlinien des Tarifvertrages beschlossen, aber die das nachzubehrende Protokoll Auswurf gibt.

Schlichtungskommissions-Sitzung.

Freitag, den 23. September 1910.

Die heute tagende Schlichtungskommission hat in Ergänzung des Votums vom 18. Februar 1910 folgendes vereinbart:

1. In dem Fall, wo zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern eine Differenz wegen eines gezahlten Lohnsatzes entsteht, muß die Arbeit seitens der Arbeitnehmer zu dem angegebenen Lohnsatz unter Vorbehalt weitergeführt werden.
2. Entschieden die Schlichtungskommission beziehungsweise das Schiedsgericht sich für einen höheren Lohnsatz, so ist eine Nachzahlung der bewilligten Lohnendifferenz mit rückwirkender Kraft bis zum Tage des Einspruchs zu leisten.
3. Die Schlichtungskommission ist binnen drei Tagen, vom Tage des Einspruchs an gerechnet, anzukommen.
4. Wenn zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern des eigenen Betriebes für einen neuen Artikel ein bestimmter Lohnsatz vereinbart worden ist, so kann für die Dauer des ersten Auftrages von seiner Seite ein Einspruch gegen diesen Lohnsatz erhoben werden. Jedoch haben beide Parteien das Recht, für spätere Lieferungen eine Aenderung des Preises zu beantragen.

Berlin, den 23. September 1910.

Für die Arbeitgeber:

A. Wunderlich Nachf., Franz Sobau.

Für die Arbeitnehmer:

Ernst Schulze, Alfred Riedel.

Achtung, Reservisten! In der Koffer- und Lederwarenirma Julius Arnab, Wohns bei Görlich, stehen seit 14 Wochen Sattler und Sissarbeiter im Streit. Wir erfuchen alle abgehenden Reservisten, ob gelernt oder ungelernet, den Betrieb streng zu meiden. Die Firma kann nur willenslose, unorganisierte Leute gebrauchen. Die Koffer- und Lederwarenirma von W. Weber, Melandthontstraße, ist ebenfalls gesperrt, da organisierte Kollegen ohne jeglichen Grund und Ursache entlassen werden. Wir werden in einem späteren Bericht die Verhältnisse näher schildern.
Die Ortsverwaltung der Sattler und Portefeuller.

Reserven. „Zuchthaus demjenigen, welcher andere an freiwilliger Arbeit hindert!“ Diesen Ausdruck des Königs von Preußen scheint sich unser Stadtoberhaupt, Herr Bürgermeister Wuns, besonders eingeptragt zu haben. Wenn es ihm auch nicht gerade möglich war, unsere Kollegen ins Zuchthaus zu bringen, so hatte er doch 14 Tage Gefängnis beantragt wegen Vergehens gegen § 153. Für die Fabrikanten leistet dieser Herr geradezu erstaunliches. Als wir einen Arbeitswilligen für unsere Sache gewonnen hatten, wurde flugs ein Schutzmann per Rad nachgeschickt, welcher denselben in seine schidlichen Pforten nehmen mußte. Aber die Freude sollte nicht lange dauern. Dieser Kollege erklärte sich nach 4 Tagen solidarisch. Aber die Wege der Polizei sind noch wunderbarer. Bei einem Innungsstrafer in Hamburg wurde ein Kollege angeworben. Dieser wollte allerdings seinen kampfenden Kollegen nicht in den Rüden fallen. Er schulte vor, kein Meißelgeld zu haben, um leichter um die Sache herumzukommen. Aber das Meisterlein händigte ihm prompt das nötige Geld aus. Trotzdem konnte er sich nicht entschließen, Kausstriftdienste zu verrichten. Vielmehr zog er es vor, seinen Wagen ordentlich zu stärken, um tippen zu können. Als nun der schuldlich Erwartete nicht kam, besam Herr Egner Wind, daß er gemasfuhrt war. Sofort wurde ein Stadtbrief erlassen und siehe da, in kurzer Zeit war unser Kollege im Untersuchungsgefängnis in Heterfen angelangt. Dieses dauerte nur ganze acht Tage. Der gestrenge Herr Bürgermeister erklärte

ihm, er müsse arbeiten, sonst käme er ins Arbeitshaus. Wenn er nicht in die Fabrik gehen will, so werde ihm die Arbeit hergebracht und wieder abgeholt. „Wie quadt!“ Doch es half nichts. Verderhand wurde der Kollege auf freien Fuß gesetzt und kam zu uns. Nach langer Mühe gelang es uns, ihn aus den Sanden seiner Feinde zu entziehen. Freudig erregt schüttele er den Staub Heterfens von seinen Stiefeln. Aber dies ist alles noch nicht genug. Sogar die Schwiegermutter hob vor der Polizei seine Muße. Dieser Tage kommt Herr Schutzmann stark zur Schwiegermutter eines Kollegen und erklärt ihr, sie mächte doch versuchen, ihren Schwiegerjohn zu überreden, daß er wieder zur Arbeit ginge. Doch die Adresse war falsch. Diese Schwiegermutter, an sich kuragiert und nicht zu wenig Haarr auf den Zähnen, ließ diesen Diener des Kapitals gewaltig abfahren. Wenn wir nun gerecht urteilen wollen iber diese Aendenen, so müssen wir sagen, daß der — leberne Erden nicht allzulange mehr ausbleiben kann. Wenn nun aber diese Gesellschaft meint, uns mit detarig erbärmlichen Mitteln zu bekämpfen und uns zu zerpflittern glaubt, so können wir ihr vergelten, daß nichts bei uns zieht. Die Kollegen stehen geschlossen und entschlossen nach wie vor auf dem Kampflage. Je angeregter unsere Feinde werden, desto ruhiger werden wir. Anheim geben wollen wir den Herren Fabrikanten noch, doch, je länger sie uns finanziellen wollen und vielleicht meinen, uns damit zu schwächen, daß desto mehr Energie unsererseits angelosigt wird. Von jetzt ab ist unsere Losung: Vorwärts! Jetzt — erit recht!
Die Ortsverwaltung.

Aus unserem Beruf.

Ein typischer Fall ostelbischen Kranerturns. Je mehr unsere Organisation gezwungen ist, mit der Agitation für die Werbung neuer Mitglieder auf das flache Land zu gehen, da die Großstädte bereits gut, zum Teil sogar schon sehr gut organisiert sind, desto mehr offenbart sich uns die ganze Rückständigkeit, Freigelosigkeit und die unannehmende Haltung unseres elden Handwerksmeisterturns. Schon wiederholt waren wir in der Lage, unseren Kollegen ad oculos zu demonstrieren, wie sich unsere Kranter die „Achtung“ bezw. „Rehung“ des Handwerks vorstellen. Aus allen Gauen unseres Vaterlandes gehen uns Zuschriften zu, die diese verachtlichen Kleinmeisterlichen Munitumpel zum Gegenstand ihrer Kritik machen. Vieles, leider nur allzu vieles, was man unter die Rubrik „Meisterbrutalitäten“ einreihen könnte, bleibt uns noch verborgen. Denn allzu selten sind Kollegen vorhanden, die den Weg zu uns finden und diese berufslichen Mißstände verdentermachen an den Kranter stellen. Daß in Bezug auf unwürdige Behandlung und Bezahlung unserer Kollegen die ostelbischen Kranter allen ibrigen die Spitze bieten, ist bekannt und auch nur zu erklärlich, wir können uns also wohl die nähere Begründung ersparen.

Vor einiger Zeit ging uns ein Bericht iber die berufliche Lage unserer Kollegen in dem etwa 11 000 Einwohner zählenden Städtchen Kulmssee in Westpreußen zu. Insgesamt arbeiten in Kulmssee zirka 25 Sattlergesellen. Jeder Sattler hat dort auch gleichzeitig eine Wagenladiererei. Die „Fabrikation“ von Wagen geschieht dort derart, daß sich die Schmiede-, Stellmacher- und Sattlermeister zusammen tun und so gemeinsam Hand in Hand arbeiten. Das wäre an sich gewiß kein Fehler. Hier ist das „Handwerk“ also noch in vollster Blüte, d. h. soweit die alte durch die Bank recht wohlhablichen Meister der verschiedensten Berufs in Frage kommen. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen sind die denkbar schlechtesten. Leberlance Arbeitszeit, ein „Lohn“, den man eher als Trinkgeld bezeichnen könnte und eine „Behandlung“, die einzig dastehet, sind das Signum unserer Kulmsseer Berufsverhaltnisse. Doch wie fast iberall und immer sich zu dem Schlechten noch das Schlechteste gesellt, so auch hier. Unsere dortigen Kollegen sind an ziemlich starken Tabak gewöhnt, sie empfinden daher auch gar nicht so sehr ihre mißliche Berufsfrage im allgemeinen, sondern nur ein „edler Meister“ ist am Orte, der „eines Hauptes länger ist denn alles Volk“ und seine Meisterkollegen in jeder Beziehung, d. h. soweit die Knechtung der Sattlergesellen in Frage kommt, und damit selbst das Durchschnittsmaß dessen ibersteigt, was ein westpreussischer Sattler zu ertragen vermag. Wilhelm Aneiding heißt der Brabe, der seit nunmehr 20 Jahren sich dort niedergelassen und die „Erziehung“ unserer Kollegen mit großem Erfolg betrieben hat. Im Jahre 1909, so schreibt man uns, haben 99 Gesellen bei ihm gearbeitet —, selbst wenn man sich um einige verzählt haben sollte, sicher eine respektable Leistung. 9 Dienstmädchen und 12 Pferdebnechte genossen im Jahre 1909 ebenfalls das Glück, „dieses Herrn Brot zu essen!“ — Daß dieser Mann im Laufe der Jahre sich eine gewisse Routine und Uebung im Auffuchen und Einstellen von Arbeitskräften erworben hat, ist bei solchem „Umsatz“ selbstverständlich.

4 tüchtige, perfekte und fleißige Sattler stellt ein. Wskh. Anzeigung, Münzger, 2 sofort und 2 nach 14 Tagen. Aber nur solche, die saubere Arbeit liefern, mögen sich melden." Dies in der Wortlaut der Anzeige, die man fast regelmäßig in den wöchentlichen Zeitungen antreffen kann. Von der Exekution ausgehend, daß es ja leicht jemand bei ihm länger als 14 Tage ausbleibt, hat Herr Schneider offenbar diese Form der Anzeige gewählt. Er braucht dadurch nämlich nur halb so oft zu inserieren als es sonst der Fall wäre. Die beiden „Stückchen“, die erst nach 14 Tagen anlangen dürfen, lösen also immer die beiden ersten ab. In der Tat eine wirklich geniale Methode! Späherisch und praktisch! Nun zum „Vohn!“ Eine Hälfte, die noch im Reinhandwerklichen Sattlerberuf besteht, ist bekanntlich die, daß noch vielfach erst nach 14tägiger Beschäftigungsdauer „Vohn gemacht“ wird und so auch bei unserem Freunde Anzeigung, 5 Mk. in der Regel die stättliche Summe, die er seinen Mitbewerbern nach 14tägiger Beschäftigungsdauer als Honorar für 2 Wochen — nicht etwa nur für eine — anzubieten magt. Es soll nun selbst in Weipreuzen Sattlergesellen geben, die nicht wissen, was sie mit diesem Mangel an Geldüberfluß anfangen sollen und Herrn Anzeigung entsprechend demütig darauf hinweisen. Mit einem ungemein tiefsehenden Blick muß dann der edle Meister sich einen Verwegenen. Und wehe, wenn dessen Körperkonstitution eine derartige ist, daß Herr Anzeigung glaubt nichts befürchten zu brauchen, dann — na, dann soll es schon so manche Tracht Kränkel gegeben haben! In „dringenden Fällen“ soll aber auch die „Firma“ schon solchen Widerspenstigen damit verträglich haben, wo, in den nächsten 14 Tagen gibt es mehr, der jetzige Vohn in nur vorläufig. Diese Gutsaläubigen werden dann zum Dank dafür, daß sie hier in Gläubigen waren, nach Absolvierung dieser Frist zum Tempel hinausgeworfen, ohne daß es überhaupt einen Pfennig mehr gibt.

Wir glauben, wir können darauf verzichten, zur Charakterisierung dieses Handwerksmeisters, der sicher Zunftgenosse ist und somit zur „Hebung und Rettung“ des Handwerks besonders berufen ist, noch mehr hinzuzufügen. 20 Jahre Erläuterung der Firma Anzeigung bedeutet also, wenn man den Verbrauch des Jahres 1900 als Maßstab ansetzen lassen will, die „Konsumierung“ von 1980 Sattlergesellen, 180 Dienstmädchen und 240 Pferdewechten. — Und das genügt!

Korrespondenzen.

Leipzig. (E. 16. 9.) Freitag, den 9. September, fand unsere Mitgliederversammlung statt, in der der Stadterordnete Genosse Dener über: „Welches Interesse hat die arbeitende Bevölkerung an der Kommunalpolitik?“ referierte. Der Referent führte aus, er wolle uns einen Einblick in eins dieser „kleinsten Parlamente“, nämlich das der Stadt Leipzig, geben, trotzdem habe diese ein Budget, an welches das eines manchen deutschen Vaterländens nicht heranreicht. Das Parlament ist ein dreiklassiges. In der ersten Klasse wählen die reichen Leute, in der zweiten Klasse die Hausbesitzer und in der dritten Klasse wählen die Vertreter der Arbeiter. Besonders interessant waren die Ausführungen über das Schulwesen. Die Kosten für die Schulen betragen 10,5 Millionen Mark pro Jahr, davon bringe die Stadt 7.650.000 Mk. auf. Vereits in den Schulen sei der Klassencharakter durchgeföhrt, indem derjenige, der nur 4,50 Mk. Schulgeld zahlen kann, seine Kinder in die Volksschule senden müsse; wer 20 Mk. Schulgeld zahle, dessen Kinder kämen in die Bürgerschule. Dabei werde in der Bürgerschule genau dasselbe gelehrt wie in der Volksschule. Wer noch mehr Schulgeld amwenden kann, sendet seine Kinder in eine höhere Schule. Das Aufzuehende an der Sache sei jedoch, daß für einen Volks- oder Bezirksschüler der Staatszuschuß 88 Mk. beträgt. Für einen Realschüler beträgt der Zuschuß 168 Mk. und 300 Mk. für einen Schüler noch höherer Schulen pro Jahr. So wird den Proletariern auch hier ein Stroden geboten, während den Besitzenden die Vorteile des Staates nur so zugeschanzt würden. Den Gehaltsaufbesserungen hatten die sozialdemokratischen Stadterordneten nur unter der Bedingung zugestimmt, daß auch die Löhne der Arbeiter aufgebessert wurden. Die Herren hielten ihr Wort. Die Arbeiter erhielten eine Zulage von 1—1½ Pf. pro Stunde oder ungefähr 35—50 Mk. pro Jahr, den höheren Beamten aber, getreu dem Wort: „Wer viel hat, dem wird noch mehr gegeben“, bedeutende Zulagen. Gelegenheit der Abstimmung über den Antrag unserer Genossen, den Kindern Arbeitsloser eine warme Mittagskost zu verabreichen, brachte es ein Stadtrat fertig, dagegen zu stimmen. Dieser Herr hatte freilich seine Zulage von 1000 Mk. bereits in der Tasche. Der Referent schloß mit der Aufforderung, zu der bevorstehenden Stadterordnetenwahl sich das Bürgerrecht zu erwerben, da wir nur dadurch in der Lage sind, auf die Gestaltung

unserer Kommunalpolitik einwirken zu können. Dieron schloß sich eine kurze Diskussion. Darauf wurde, nachdem der Vorschlag des 2. Vorstehenden neu befaßt und einige gedächliche Mitteilungen erfolgt waren, die Versammlung geschlossen.

Klein-Auheim. (E. 21. 9.) Unsere neue Verwaltungshilfe in in schonen Anbliden begriffen und nach ein Tag zu Tag zum gelinden Entgehen der lieben „Christen“ brüder, die uns unsere Erfolge gar zu gern abjagen möchten. Am Sonntag, den 18. d. M., fand im Lokale „Zum deutschen Meiser“ wieder eine öffentliche Versammlung statt, zu welcher der Gauleiter, Kollege Döf, das Referat übernommen hatte. In zirka 14stündigen Ausführungen behandelte Redner die Entwicklung und Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation und beleuchtete besonders die Vorteile, die den Kollegen durch den Beitritt zum Verbands der Sattler und Portefeuille erwachsen. Der Vortrag wurde beifällig und mit großem Interesse aufgenommen. Mehrere Neuaufnahmen konnten gemacht werden.

Gleichzeitig mit dieser Versammlung war auch von dem christlichen Bezirksleiter Rees eine Versammlung der „christlich“ gesinnten Kollegen einberufen, wahrscheinlich um die wenigen, mit Hilfe des Pfarrers Eingetragenen nicht der Verführung auszuweichen, sich in unserer Versammlung die Wahrheit anzuhören. Sie fürchteten jedenfalls mit gutem Grund, diese Leute zu verlieren, denn den Verbandsgründen der Notwendigkeit einer einheitlichen Organisation würden auch diese Kollegen sich nicht entziehen haben. Was der Pfarrer überhaupt mit der gewerkschaftlichen Organisation zu tun hat, ist nicht recht ersichtlich, ihm liegt doch nur die Sorge für das Seelenheil seiner Pfarrkinder ob und darin wollen wir ihn absolut nicht stören. Im Gegenteil, wir sind ihm noch beifällig, denn wir sind der Meinung, daß eine gesunde Seele nur in einem gesunden, genährten und nicht ausgemergelten Körper stecken kann. Vielleicht fürchtet er aber, daß die Mitglieder der freien Gewerkschaften sehr bald auch Sozialdemokraten werden. Ist schon möglich, aber den Geist der Zeit wird auch der Herr Pfarrer nicht aufhalten können, ebensomenig wie die guten duldenden „Christen“, die wir in wenig sanitätlicher Weise, bei Gelegenheit einer vor kurzer Zeit veranstalteten Hausagitation die Tür gewiesen haben. Als ich nämlich dem frommen Ehepaar den Zweck meines Kommens auseinandersetzte, frag mich die Frau zunächst sehr höflich: „Was ist es und wann ist das schon mal mit dem Herr Parre so?“ Nach wahrheitsgemäßer Verneinung meinerseits noch die speyerischungende Beherrscherin der Kamille den Worten. Ihren Irrtum einsehend, sagte sie mit erheblicher Stimme: „A fu, die tumme vom freien Verband, wo könne er gleich wieder oberast, mache er vor gleich wieder die Tür von auswendig zu, der in Zeit komme ma nie wieder!“ Der schwache Versuch, der Frau nach Vernunft beizubringen und sie zu überzeugen, daß wir es nicht auf ihren katolischen Glauben abgesehen hätten und jeden nach seiner Passion selig werden lassen, scheiterte natürlich und löste nur erneute Entrüstung aus. Während sich die gute Frau so in heiligen Zorn ereiferte, sah ich ihr Gemah, von dem die Bibel sagt, „er soll des Weibes Herr sein!“, resigniert am Tisch und rauchte stillbergnütig aus einer Pfeife den von den Zentralsabgeordneten und christlichen Arbeiterführern verteuerten Tabak. — „Dummheit ist eine Gnade Gottes und muß respektiert werden“, dachte ich, folgte dem Rat der Frau und machte mich höchst belüßigt über den gütlichen Empfang aus dem Staube. „Liebet eure Feinde ufm.“

Doch Scherz beiseite. Daß es trotz solcher kleinen Zwischenfälle und aller nur irdenslichen Gegenmaßnahmen und Zerpfitterungsverfüge der Christlichen in Klein-Auheim vorwärts geht, zeigte uns die obige Versammlung. Einen weiteren Versuch im trüben zu fischen aber mußten die Christlichen noch machen.

Am Montag, den 19. d. M., fanden die Herren Rees und Absmeier Poiso vor der Fabrik Rosenthal u. Sohn, nachdem der Versuch, mit dem Fabrikanten zusammen eine heilige Allianz zur Bekämpfung der freien Gewerkschaften alias Sozialdemokratie zu bilden, bei Herrn Rosenthal absolut keine Gegenliebe gefunden hatte, um die dort beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen mittels einer schnell arrangierten Versammlung für ihr allein seligmachendes Verbändchen zu gewinnen. Aber o weh! Sie hatten die Rechnung ohne die Arbeiter gemacht. Diese wollten absolut nichts wissen von der hohlschallenden Tätigkeit der „christlichen“ Agitatoren, welche, betrübt bis in den Tod, den „Kampflap“ verließen, wo ein nicht geringer Menschenaufwand entfallen war.

Ob sie nun weitere Versuche machen werden und auch der Herr Pfarrer weiterhin seine zehensreiche Wirksamkeit auf diesem Gebiete belätigt, bleibt abzuwarten. Jedemfalls haben die Kollegen und Kolleginnen der Firma Rosenthal u. Sohn keine Ursache, sich durch solche Quertreibereien vom Bei-

tritt in unseren Verband abhalten zu lassen. Sie müssen und werden erkennen, daß der Verband demütlicher Schutz und Lederarbeiter ihre Interessen bei der Firma Rosenthal wie auch in anderen Fabriken nicht wahrnehmen kann bei der absoluten Bedeutungslosigkeit, die diesem Verband im hiesigen Industriebezirk mischeit. Nur im Verband der Sattler und Portefeuille, welcher allein im Eisenbacher Industriebezirk nahezu 4000 Mitglieder zählt, kann der Nag auch für die bei der Firma Rosenthal beschäftigten Kolleginnen und Kollegen sein.

Das wurde von diesen auch in der am 22. September durch den Gauleiter, Kollegen Döf, einberufenen Fabrikerversammlung eingesehen und wiederum eine Anzahl Beitritte vollzogen. Kollege Döf, der vorher bei Herrn Rosenthal vorstellig war, konnte mitteilen, daß dieser den Vertrag für das Portefeuelles- und Meiserartikelgewerbe anerkannt hat. Die Arbeitszeit wird demzufolge am wöchentlich zwei Stunden verkürzt. Auch die Entlohnung ist, wie sich der Gauleiter selbst aus den Lohnbüchern überzeugen konnte, schon jetzt als eine tarifliche zu bezeichnen. Ein Arbeiter, der unter dem Tarif entlohnt wird, ist nach dem Zeugnis seiner Mitarbeiter als durchaus minderleistungsfähig anzusehen und von Rosenthal nur nach ausdrücklicher Vereinbarung eingestellt worden. Die Lohnzahlung wird in Zukunft freitags erfolgen, Heberstunden werden nunmehr nach dem Tarif prozentual vergütet, überhaupt alle Bestimmungen des Tarifvertrages verspricht der Fabrikant aufs irrtine eingehalten, was natürlich auch von den Arbeitern mehr als bisher erwartet werden muß.

Die in dem Klein-Auheimer Versammlungsbericht in Nr. 27 unserer Zeitung angeführten Umstände bei der Firma werden von Herrn Rosenthal entschieden bestritten. Insbesondere habe er niemals einem Arbeiter den Beitritt zu einer Organisation verweigert; er habe selber früher unserem Verbande angehört und erkenne die Berechtigung dieser Organisation vollumf. In tatsächlicher sagt sich nicht alles in dem Versammlungsbericht Gesagte aufrechterhalten.

Das Verhalten des Pfarrers, der sich so warm der christlichen Organisation angenommen hat, wurde unter lebhafter Zustimmung durch den Gauleiter nochmals ins rechte Licht gerückt.

Nachdem für den Betrieb nach die Wahl eines Vertrauensmannes sowie einer Verfassungskommission stattgefunden, erreichte die gut besuchte Versammlung ihren Schluß. In einer späteren Versammlung sollen die näheren Bestimmungen des Tarifvertrages eingehend erörtert werden.

So macht unser Verband auch in den entlegenen Dörfern trotz der Gegenagitation der Geistlichkeit und christlichen Arbeiterführer züßige Fortschritte. Mögen die uns noch fernstehenden Kollegen und Kolleginnen allerorts sich daran ein Beispiel nehmen, sich nicht von christlichen Arbeiterzerpfitterern verhegen lassen und den Anstich an den Verband der Sattler und Portefeuille vollziehen, denn nur in unserem Verband können ihre Interessen wirklich und nachhaltig gewahrt werden. C. H.

Tresden. (E. 26. 9.) Eine Gewerkschaftszersplitterung scheint von Spandau aus unter den Militärarbeitern der Staatswerkstellen betrieben zu werden. So war am vergangenen Sonnabend eine Versammlung durch Handzettel eingeladen worden mit dem Thema: „Die Notwendigkeit einer Organisation der Militärarbeiter.“ Zutritt hatten nur Militärarbeiter, aber trotzdem hatten sich Vertreter der freien Gewerkschaften eingefunden. Zwei Spandauer Arbeiter referierten je 20 Minuten über den hier noch ganz unbekanntem Verband der Militärarbeiter und nur das Wenige konnte man erfahren, daß der „Verband“ noch zu wenig Mitglieder habe, daß er auf ganz neutralem Boden stehe und nur durch Petitionen vorzugehen will.

Nach diesen „Referaten“ legte der Vertreter der Militärarbeiter in ruhiger und sachlicher Weise die Vorteile der freien Gewerkschaft dar und warnte die Anwesenden vor dem Eintritt in den Militärarbeiterverband, da dieses nur eine Zersplitterung der Kräfte bedeuten würde. Reicher Beifall wurde dem Redner von allen Anwesenden zuteil. Nachdem sich noch einige Redner gegen den Verband der Militärarbeiter ausgesprochen hatten, mußte der Spandauer Arbeiter in seinem Schlusswort alles bekräftigen, was der Vertreter der Militärarbeiter ausgeführt hatte. Vor allem mußte er zugeben, daß mit 10 Pf. Beitrag nicht viel zu machen ist und stellte in Aussicht, daß die Beiträge erhöht würden, wenn das Geld nicht langt; auch konnte er nicht bestreiten, daß im Reichstags die sozialdemokratischen Vertreter heils für die Militärarbeiter eingetreten sind. So gingen die Anwesenden mit den Aufnahmefreunden der freien Gewerkschaften nach Hause und der Erfolg der Spandauer Militärarbeiter war gleich Null.

Dresden. (S. 26. 9.) In unserer letzten Versammlung sprach Arbeitersekretär Genosse P. Meinte über: „Unsere Volksschule, wie sie ist und wie sie sein soll.“ Redner schilderte die Entstehung der Schulen und wie nach, daß die Kirche nicht das Recht habe, sich als Gründer derselben zu betrachten. Aus diesem Grunde sollte der Einfluß derselben auf den Lehrstoff nicht so groß sein, wie es jetzt tatsächlich ist. Auch in Sachen sind die Schulverhältnisse schlecht zu nennen.

An der Hand von statistischem Material schilderte Genosse Meinte die Zuwendungen, die vom Staate den verschiedenen Lehmanntionen gemacht werden und könnte man daraus ersehen, daß die Volksschule recht mifftunternlich bedacht ist. So kommen auf einen Schüler der Normaladademie Tharandt pro Jahr 1150 Mk., der Universität Leipzig 624 Mk., der Bergakademie Freiberg 217 Mk. usw., während für einen Volksschüler nur 11 1/2 Mk. bezahlt werden. Die Versammlung, welche zur Abwechslung wieder einmal in der Neustadt im „Erdbeer“ tagte und gut besucht war, nahm den Vortrag beifällig auf.

Chemnitz. (S. 26. 9.) Versammlung vom 21. September 1910. Gauleiter Butch, welcher einige Tage zwecks Hausagitation hier amwesend war, hielt einen Vortrag über: „Die Lohnkämpfe der letzten Jahre im Sattlergewerbe.“ Zunächst führte er an, daß des Arbeiters höchstes Gut Gesundheit und Arbeitskraft seien und daß er den Wert derselben erkennen soll. Weiter streifte er auch sozialpolitische Fragen und so auch das Reichsversicherungsrecht. Um sich auch hierüber Aufklärung zu verschaffen, sei die Arbeiterpresse zu lesen. Ferner und hauptsächlich erläuterte er die Lohnbewegungen mit ihren Ergründungsgründen in den verschiedenen Städten. Nur Chemnitz marschiert wohl an letzter Stelle, also müssen auch die hiesigen Kollegen der ganzen Sache mehr Interesse entgegenbringen; denn wenn ein Mann geschüttelt wird, fällt sicherlich auch etwas herunter. Reicher Beifall befandete, daß die Anwesenden mit dem Referat zufrieden waren. Hieran schloß sich eine lebhafte Diskussion. 8 Neuaufnahmen waren zu verzeichnen. Die Versammlung war halbwegs gut besucht.

Soziales.

Unfallhäufigkeit in den gewerblichen Betrieben bei Nachtarbeit. Die preussischen Gewerbeinspektoren waren beauftragt, für das Jahr 1909 die Unfallhäufigkeit während der Nachtschicht besonders festzustellen, zu prüfen, ob schlechte Beleuchtung, Hebung der Arbeiter oder andere Momente die Unfallhäufigkeit bei der Nachtarbeit ungünstig beeinflussen. Im Archiv für soziale Hygiene ist darüber eine kurze Zusammenfassung erschienen, die ergibt, daß die Unfälle in der Tagesschicht relativ häufiger sind als bei Nachtarbeit. Es wird das darauf zurückgeführt, daß mit besonderen Gefahren verbundene Arbeiten, Transporte, Verladen und Manövrierarbeiten, meist am Tage geschehen, und daß auch nachts allgemein nicht mit der Hast gearbeitet wird wie am Tage. Mangelhafte Beleuchtung zur Nachtzeit war selten anzutreffen, die meisten Fabriken haben ausreichende elektrische Beleuchtung. Dazu kommt, daß während der Nachtzeit jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen völlig fehlen und ungelernete und unständige Arbeiter auch wenig beschäftigt werden. Zwei Drittel der Unfälle ereignen sich in den Stunden vor Mitternacht, weil das natürliche Aubebedürfnis der Arbeiter die Aufmerksamkeit vermindert.

Rundschau.

Die Reichsparlamentarische Kommission beginnt jetzt wieder so langsam zu klappern. Drei Kommissionen haben bereits im Laufe der vergangenen Woche ihre Arbeiten wieder aufgenommen, und zwar die Reichsjustizkommission und die Reichsversicherungs-Kommission. Uns interessieren hauptsächlich die Beratungen und Beschlußfassungen der letzteren, weshalb wir über diese auch wiederum laufend berichten werden. Gleich beim Beginn der Beratungen des 1. Teils des 8. Buches (Gewerbeunfallversicherung) verlangten die Sozialdemokraten prinzipiell die Abschaffung der Unfallversicherung auf alle gegen Lohn beschäftigten Personen. Unsere Vertreter wiesen auf den Weg, auf dem man dieses Ziel, ohne die schwachen Schultern des Kleingewerbes zu belasten, erreichen könnte. Sie schlugen vor, in solchen Fällen die landwirtschaftliche Unfallversicherung des betreffenden Bezirks mit der Feststellung des Unfalles und der Befreiung und bezw. Auszahlung der eventuell zu zahlenden Rente nach den Grundrissen der Gewerbeunfallversicherung zu betrauen. Die Kosten sollten die wohlhabenden Steuerzahler durch eine besondere Steuer oder aber in Gestalt eines Zuschlages zur Einkommensteuer aufbringen. Doch behält sich Gott, es war so schön gewesen — die bürgerlichen Parteien lehnten diese Vorschläge rundweg ab, nur die Betriebe der Binnen-

fisherei liebte man in die Unfallversicherung aufzunehmen.

Dasselbe Schicksal erlitten die Anträge der Sozialdemokraten, die dahin zielten, daß auch solche Betriebe, die weniger als 10 Arbeiter, sie beantragten 3 Arbeiter, beschäftigen, der Unfallversicherung unterstellt werden müßten. Auch der Antrag auf Befreiung des Wörtchens „gewerbsmäßig“ bei den Gruppen 1 und 2 wurde rundweg abgelehnt, sehr zu Unrecht, denn für den Vermögensstand sind die Folgen eines Unfalles genau die gleichen, ob er den Unfall nun in einem gewerbsmäßigen oder nichtgewerbsmäßigen Betriebe erlitten hat. Nach der Vorlage bleiben nämlich folgende 4 Betriebsgruppen der Unfallversicherung unterstellt: 1. Betriebe, die gewerbsmäßig Gegenstände bearbeiten oder verarbeiten und hierzu mindestens 10 Arbeiter regelmäßig beschäftigen. 2. Betriebe, die gewerbsmäßig Fremstoffe oder explodierende Gegenstände erzeugen. 3. Betriebe, die nicht bloß vorübergehend Dampfseil oder von elementarer oder tierischer Kraft bewegte Triebwerke verwenden. 4. Die Betriebe, die das Reichsversicherungsamt den Fabriken gleichstellt.

Eine kleine Erweiterung des Kreises der versicherungspflichtigen Betriebe wurde nur bei der Gruppe 2 erzielt, indem auch solche Betriebe der Versicherung unterstellt werden, die Sprengstoffe usw. verarbeiten und nicht nur solche, die diese Stoffe erzeugen. Es ist diese Ergründungsmaßnahme nicht viel, aber es ist doch etwas und wiederum lediglich auf Grund der sozialdemokratischen Kritik und Anträge herausgeholt worden.

Zeit galt es wiederum eine der lauffendsten Läden in unserer Unfallversicherung auszufüllen; sehen wir zu, mit welchem Mitteln und mit welchem Erfolge die bürgerlichen Parteien einschließlic des „christlichen“ Zentrums sich hierbei betätigten. Nach der Vorlage soll nämlich ganz wie bisher eine Entschädigung nur ausbezahlt werden, wenn der Arbeiter bei Arbeiten in den Betrieben oder Tätigkeiten, wie sie im Gesetz ausdrücklich angeführt sind, verunglückt. Die Sozialdemokraten beantragten, daß unter die zu entschädigenden Unfälle auch die Unfälle aufgenommen werden, die sich auf dem notwendigen Weg nach oder von der Arbeitsstätte ereignen. Der heutige Zustand ist in der Praxis oft genug unbegreifbar für den gesunden Menschenverstand. Denn wer vermöchte es zu verstehen, warum ein Unfall entschädigungspflichtig ist, wenn er jenseits der Schwelle des Fabrikbetriebes, aber nicht entschädigungspflichtig, wenn er diesseits der Schwelle erfolgt? Der Gang von und zur Arbeit geschieht doch ebenjogut im Auftrage, im Einverständnis, ja im eigentlichen Interesse des Betriebsinhabers wie die innerhalb des Betriebes geleistete Tätigkeit selbst. Der Gang von und zur Arbeitsstätte sind Betriebsstätigkeit im wahren Sinne des Wortes, ja sie sind sogar noch mehr als diese, sie sind überhaupt die notwendige Voraussetzung bezw. Folge dieser Tätigkeit, ohne welche die „eigentliche“ Tätigkeit gar nicht denkbar wäre. So selbstverständlich nun die Entschädigung der Unfälle, die auf dem direkten Wege von und zur Arbeitsstätte erfolgen, für alle vernünftigen Leute ist, ebenso selbstverständlich und gleichgültig wurde diese Entschädigungspflicht seitens der bürgerlichen Mehrheit einschließlic des Zentrums abgelehnt. Das „christliche“ Zentrum ist nur noch unehrlicher wie die übrigen Parteien, es suchte durch allerhand jesuitische Anisfe den Schein zu erweiden, als ob es doch noch in dieser Beziehung etwas tun möchte. Es versuchte, wie immer bei solchen Gelegenheiten, einen absolut bedeutungslosen Antrag durchzubringen, der da festgelegt wissen wollte, welche Unfälle auf dem Wege von und zur Arbeit entschädigt werden müßten. Die übrigen Parteien einschließlic des Freisinn stimmten jedoch auch diesen, sagen wir mal Verlegenheitsantrag nieder, obgleich die Sozialdemokraten aus tatsächlichen Gründen das Zentrum unterstützten. Endlich beantragten die Sozialdemokraten, daß der Entschädigungsanspruch auf Entlohnungen ausgedehnt wird, die durch die Arbeit in den Betrieben hervorgerufen oder verschimmert worden sind. Damit würde endlich die schlimmste Lücke ausgefüllt werden, die in bezug auf die Entschädigung der Gewerbeunfälle vorhanden ist. Leider lehnten die bürgerlichen Parteien sogar diesen Antrag ab.

Die überaus wichtige Frage, wer hat Anspruch auf Unfallentschädigung, wurde durch die Vorlage wie folgt beantwortet: Die Unfallentschädigung soll 1. Arbeitern, Gehilfen, Gesellen, Lehrlingen und 2. solchen Betriebsbeamten zustehen, deren Jahresarbeitsverdienst nicht 3000 Mk. übersteigt. Die Sozialdemokraten beantragten, daß der Entschädigungsanspruch auch den Betriebsunternehmern, die allein oder höchstens mit 3 Arbeitern, Gehilfen, Gesellen, Lehrlingen arbeiten, einschließlic der Kolonnenarbeiter, zugesprochen werden soll. Ganz besonderer Wert ist auf die Einzelbeziehung der Kolonnenarbeiter in die Unfallversicherung zu

legen. Denn nach den geltenden Bestimmungen werden nur zu ein solche Arbeiter, weil sie ausgenommen sind, als selbständige Unternehmer behandelt, die tatsächlich über wirtschaftlichen Zirkeln nach nur Lohnarbeiter sind. Nach dieser Antrag wurde abgelehnt. Wir sind daher sehr unglücklich, wie gerade die Parteien, die die Stellung des Mittelstandes auf ihr Banner geschrieben haben, sich nach der, um mit Windtobst zu reden, sich mit Gottes Hilfe herauszuwindeln“ werden, wenn der heterogene Mittelstand aufbegehren wird.

Der Zweiteinstufige. Wie wir nach in letzter Stunde erfahren, wurde in Frankfurt-Lebus der sozialdemokratische Kandidat Haber mit 172 Stimmen Wehrern in den Reichstag gewählt. Bravo!

Die Unternehmer der Metallindustrie können in der geplanten Riefenaussperrung doch bereits ein Saor gefunden zu haben, so daß ihnen die bereits angekündigte Suppe nicht behagt. Am Montag fanden bereits mit den Vertretern der Arbeiter Verhandlungen statt, die allerdings noch zu keinem endgültigen Resultat führten.

Bekanntmachung des Zentralvorstandes.

Wer den Aufenthalt und die nähere Adresse der Mitglieder Max Grimm, Karte Nr. 15 062, und Anton Köhler, Karte Nr. 11143, angeben kann, wird ersucht, dieses der Gauleitung R. Partsch, Görtlich, Ströhlstraße 24, mitzuteilen.

Am Sonnabend, den 1. Oktober, ist in allen Verwaltungsstellen die Zahl der Arbeitslosen und der sich an diesem Tage dort aufhaltenden Zugereisten festzustellen.

Die statistische Karte für die Arbeitslosigkeit ist spätestens bis zum 8. Oktober hier einzuliefern.

Die Gelder und Abrechnungen für das dritte Quartal sind umgehend, spätestens aber bis zum 15. Oktober, an den Hauptkassierer einzuliefern.

Zur Beachtung für Militärpflichtige!

Die zum Militär eintretenden Mitglieder machen wir hiernit auf die rechtzeitige Abmeldung bei den örtlichen Verwaltungsstellen aufmerksam. Die Bücher werden durch die Ortskassierer nach erfolgter Abmeldung und Bezahlung der Restbeiträge eingezogen und an die Hauptverwaltung eingelebt.

Die vom Militär entlassenen Mitglieder müssen sich innerhalb sechs Wochen nach ihrer Entlassung bei den Ortsvorständen anmelden.

Mitglieder, welche den laut Statut vorgeschriebenen Meldungen nicht nachkommen, gehen ihrer Ansprüche an den Verband verlustig. Während der Dienstzeit ruhen die Vertragspflicht und auch die Rechte der Mitglieder.

Bücherchau.

Verzeichnis der in deutscher Sprache vorhandenen gewerkschaftlichen Literatur. Im Auftrage der General-Kommission zusammengestellt von Johann Sassenbach. Vierte Auflage. (213 Seiten. Preis 60 Pf.) Das Literaturverzeichnis, ursprünglich zu dem Zweck herausgegeben, den Teilnehmern der gewerkschaftlichen Unterrichtskurse einen Leitfaden für die Beschaffung gewerkschaftlicher Schriften zu bieten, hat in den vier Jahren, seit seinem ersten Erscheinen, eine wesentliche Veränderung erfahren. Es ist heute nicht mehr ein Bücherkatalog, sondern ein Verzeichnis aller wichtigeren und größeren Kundgebungen über die gewerkschaftliche Bewegung. Neben den in Buch- oder Broschürenform erschienenen Schriften sind alle Artikel der in Betracht kommenden Zeitschriften, sowie die Verhandlungen über bestimmte gewerkschaftliche Fragen auf Gewerkschaftstagen und Generalversammlungen der Verbände verzeichnet. Diese Kundgebungen sind zunächst nach Berufen und sodann nach Materien wie: Arbeitszeit, Arbeiterschutz, Arbeiterinnenbewegung, Einigungsweisen, Gewerbeinspektion usw. geordnet. Jeder, der sich über die gewerkschaftliche Bewegung oder einzelne Gebiete dieser informieren will, findet in dem Verzeichnis die Angabe der Quellen, aus denen er die Information schöpfen kann. Für die in der Arbeiterbewegung agitatorisch Tätigen ist die Schrift ein un-

entbehrliches Hilfsmittel, wenn sie genötigt sind, über bestimmte gewerkschaftliche Fragen zu sprechen oder Vorarbeiten für den weiteren Ausbau der Gewerkschaften zu machen.

Für Gewerkschaftsmitglieder beträgt der Preis bei Bezug durch die Organisation 30 Pf.

Die Schrift ist durch alle Buchhandlungen oder von H. Mabe, Berlin SO. 13, Engelauer 13, zu beziehen.

Sozialismus und Genossenschaftsbewegung von Gertrud David. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin S.W. 65. Preis 1 Mk. Volksausgabe 40 Pf.

Aus dem Inhalt erwähnen wir folgende Kapitelüberschriften: Der Sozialisierungsprozess der Gesellschaft. — Der Genossenschaftsgedanke in der Geschichte des Sozialismus. — Die Produktivgenossenschaft. — Die Konsumgenossenschaft. — Die landwirtschaftlichen Genossenschaften. — Beziehungen zu den anderen Gliedern der Arbeiterbewegung.

Die Fleischwucher! Die Gottesgnaden! Rede, gehalten am 1. September 1910 in Frankfurt a. M. von Hermann Wendel. Buchhandlung Volksstimme Frankfurt a. M. Preis 10 Pf.

Eben jetzt, wo ganz Deutschland unter dem Fleischwucher leidet, und die neuesten Kaiserreden unangeheures Aufsehen erregen, wurde diese Rede vor Frankfurter und Offenbacher Arbeitern gehalten. Zum dauernden Gedächtnis ist in der Proschüre noch die Gottesgnadenrede wortwörtlich abgedruckt.

Die Finanzreform von 1909 und die Parteien des Reichstages. Herausgegeben vom sozialdemokratischen Parteivorstand. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Leinenband 5 Mk. Der Verleger legt zunächst die grundlegenden gefestigten Bestimmungen des Reichsfinanzgesetzes dar, beschäftigt sich dann kritisch mit der Regierungsvorlage zur Finanzreform des Vorjahres und behandelt weiter in ausführlichen Vorlegungen an der Hand der amtlichen Protokolle die Stellungnahme der politischen Parteien des Reichstages zu dieser Vorlage. Soweit namentliche Abstimmungen vorgenommen wurden, ist nachgewiesen, wie die einzelnen Abgeordneten gestimmt haben.

Im bevorstehenden Wahlkampf wird das Wert jeder alten Politikerin wichtiges Material zur Beurteilung der gegenwärtigen Steuererhebung liefern.

Von allen Buchhandlungen zu beziehen.

Wie verhütet man die Übertragung der Lungentuberkulose? Eine Aufklärungsschrift des Kurarztes Dr. med. C. Anreim aus dem weitbekanntesten Lungenkurort Troja. Verlagsanstalt Emil Wiegand, Wiesbaden 35. Preis 1 Mk., geb. 1,40 Mk. (Porto 10 Pf.) Wie der Verfasser schreibt, sterben allein in Preußen alljährlich zirka 100.000 Menschen an der Lungentuberkulose, Millionen in der ganzen Welt. Ein bekannter Züricher Universitätsprofessor weist sogar an Hand eingehender Untersuchungen nach, daß heute bereits die Mehrzahl der Menschen eine von Tuberkulose angegriffene Lunge aufweist, also angesteckt ist. In vielen Fällen hilft sich die Natur selbst, in der Mehrzahl aber fordert diese Seuche frühzeitig ihr Opfer. Die Hunderttausende von Kranken und ihre Ärzte, vor allem aber jeder noch Gesunde können diese Schrift mit Nutzen lesen.

Kostenfreien brieflichen Unterricht erteilt gewissenhaft, durch geprüfte Lehrer, die Abteilung für brieflichen Unterricht des Deutschen Arbeiter-Stenographen-Bundes. Anfragen mit üblich beigefügtem Porto richtet man an Louis Klach, Frankfurt a. M., Grabengasse 35.

„Arbeiter-Jugend“. Die soeben erschienene Nummer 19 hat unter anderem folgenden Inhalt: Magdeburg. Von Hans Bloch. — Der Wert I. Von G. Edstein. — Mein Zimeraquarium II. (Illustriert). — Für Mädchen ist es doppelt notwendig. Von L. Hieb. — Die proletarische Jugendbewegung in Berlin. — Aus der Arbeiterbewegung. — Aus der Jugendbewegung usw.

Adressenänderungen.

Gau Stuttgart. Die Adresse des Gauleiters ist von jetzt ab: Julius Hg, Stuttgart, Meinsburgstraße 152.

Danzig. B. Gust. Stansch, Dirschgasse 13, Hof 2 Treppen.

Sterbetafel.

Berlin. Georg Bosche, Treibriemenbranche, 31 Jahre alt, Lungentuberkulose. Ihre seinem Anbeken!

Verfammlungskalender.

Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir kostenlos diejenigen Versammlungsanzeigen, die bis zum Redaktionsschluß bei uns einlaufen.)

Berlin, Branchenversammlungen. Gelehrerbranche: Donnerstag, den 8. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im „Englischen Hof“, Neue Mohrstraße 3. Kartistenbranche und Reiseartikelbranche: Mittwoch, den 5. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, bei Graumann, Kaufmänn. 27. Militärbranche: Mittwoch, den 5. Oktober, abends 6 Uhr, im „Englischen Garten“, Alexanderstraße 27. Violonmaler und Teppichnäher: Mittwoch, den 5. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, bei Wehnacht, Grünstr. 21. Wagenbranche: Mittwoch, den 5. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engelauer 15. Eisenmöbel- und Lederhulpolierer: Donnerstag, den 6. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, bei Walter, Adolfsstraße 62. Sektion Charlottenburg: Mittwoch, den 5. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im „Volkshaus“, Reimertstr. 3.

Offen a. M., Ruhr. Sonnabend, den 8. Oktober, abends 9 Uhr. Versammlung bei Schmiring. Rheinische Straße.

Uera (Neuß). Sonnabend, den 8. Oktober. Mitgliederversammlung.

Hamburg-Altona. Donnerstag, den 6. Oktober, abends 8 1/2 Uhr. Mitgliederversammlung im Gewerkschaftshause.

Hannover. Sonnabend, den 8. Oktober, abends 8 1/2 Uhr. Mitgliederversammlung bei Fritz Wolf, Schillerstr. 4.

Münden. Samstag, den 8. Oktober, abends 8 Uhr, Jägerstr. 14, im „Lampgarten“. Mitgliederversammlung.

Offenbach a. M., Branchenversammlungen. Zuschneider: Montag, den 3. Okt., im „Storch“. — Branche für eingefäderte Reiserartikel: Montag, den 3. Oktober, „Zur Starckenburg“. — Branche für Einrichtungs- und Säuen: Montag, den 3. Oktober, im „Lindenfels“. — Branche der Anschläger: Montag, den 3. Oktober, im „Lobbesfelde“. — Branche für Rahmen- und weiche Arbeit: Dienstag, den 4. Oktober, im „Lindenfels“. — Branche für offenkantige Arbeit: Mittwoch, den 5. Oktober, „Zur Starckenburg“. — Freisorbranche: Mittwoch, den 5. Oktober, im „Lindenfels“. — Damentaschenbranche: Montag, den 10. Oktober, im „Storch“.

Offenbacher Industriebezirk. Mit der Tagesordnung: Was lehrt uns der gegenwärtige Tarifvertrag, und wie verbessern wir weiterhin unsere Lohn- und Arbeitsbedingungen? finden an folgenden Orten des Industriegebietes Versammlungen statt:

Heusenstamm. Sonntag, den 2. Oktober, nachmittags 4 Uhr, im „Reitzen Hof“.

Neu-Heuburg. Montag, den 3. Oktober, abends 9 Uhr, im „Schüden“ (Florian Antbörfer).

Therbachhausen. Sonntag, den 9. Oktober, nachmittags 1 Uhr, im „Schwämmchen“.

Mühlheim. Sonntag, den 16. Oktober, vorm. 9 1/2 Uhr, im „Frankfurter Hof“.

Büchel. Montag, den 17. Oktober, abends 9 Uhr, „Zur Voh“.

Referent für sämtliche Versammlungen ist der Gauleiter, Kollege Karl Köp, Offenbach, und wird vollzähliger Besuch aller Mitglieder erwartet.

Anzeigen

Zentral-Franken- und Begräbniskasse der Sattler und Bernsgenossen Deutschlands „Hoffnung“
E. G. 64, Berlin.

Quartalversammlungen.

Bremen. Montag, den 10. Oktober, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause, Faulenstraße. Tagesordnung: Abrechnung, Verschiedenes.

Wollwatte für Steppdecken,
Matrassen und zu Vollerzeugnissen fabriziert in jeder gewünschten Qualität

L. G. Vocke, Gramsche i. Hannover.

Singer-Arm-Maschine
für Lederstapperei preiswert verlässlich.
Birdorf, Pannierstraße 8
im Zigarrengeschäft.

Lehrbücher für Sattler:

- Bergersch, Der moderne Lapezierer . . . 7,50 Mk.**
- Morgenstern, Der Sattler als Zuschneider 5,00**
- Rausch, Der Wagenfabrikant 9,00**
- Reusch, Der Wagenkasten und sein Plan 5,00**
- Reuter, Die Schule des Lapezierers . . . 7,50**
- Schäfer u. Rausch, Handbuch f. Sattler 9,00**
- Schäfer, Zuschneiden der Sattler-Arbeiten 7,50**

Zu beziehen durch:

Joh. Sassenbach, Berlin-SO. 16.

Ortsverwaltung Berlin.

Sonnabend, den 8. Oktober 1910:

21. Stiftungs-Fest

des Verbandes der Sattler und Portefeuller in Konig Kellers Festhäu (Zuh. Freher),
Koppenstraße 20.

Heiterer Abend.

Mitwirkende:
Fritz Richard, Vortragsmeister (Deutsches Theat.)
Marg. Grichson, Konzertfängerin
Fried. Wismann, Klavier
Peter Wismann, Konzertmeister (Violine)
Rudolph Wismann, (Violoncello)
Konzertflügel (Zbad).

Nach dem Konzert: **Großer Ball.**
Herren zahlen 50 Pf. nach.

Eröffnung 8 Uhr. **Anfang präz. 9 Uhr.**

Billett 40 Pf.

Billets sind im Bureau sowie bei den Werkstattvertrauensleuten zu haben.

Um zahlreichen Besuch bittet

Das Komitee.

Georg Weihnachts Bierhaus, Grünstr. 21.

K. Weib, Bayrisch-Kulmbacher Bier

Zahlstelle der Zentral-Erntekasse der Sattler und der Ortsverwaltung des Verbandes der Sattler. Zahlstelle der „Freien Volkskassen“.

100 Stück gute 6 Pfg.-Zigarren für Mk. 3,—
Bin ich in der Lage zu liefern, weil ich ganze Lager aus Konduktsmassen, Lombardgeschäften usw. aufkaufe. Ferner liefere ich:
100 Stück feine 7 Pfg.-Zigarren für 3,50 Mk., 100 Stück feine 8 Pfg.-Zigarren für 4 Mk.,
100 Stück hochfeine 10 Pfg.-Zigarren für 5 Mk., 100 Stück hochfeine 12 Pfg.-Zigarren für 6 Mk.,
Ein Versuch führt zu dauerndem Kundsch. — 500 sende franco. — Nichtkonferenzen nehme unentgeltlich zurück. — Versand nicht unter 100 Stück. — **Th. Götter, Verlagsanstalt, Grünstr. 21, Neue Schönhauserstr. 16.** Kein Laden, nur 1 Trepp. — Begründet 1898.